Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

1932

18.01.1932 (Nr. 14)

Visual Library

BTZ

Einzelpreis 15 Pfennig

Montag, 18. Januar 1932 • Nummer 14

Heute Hitlers Denkschrift

Bremer Nationalsozialistische Zeitung

Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Verlagsort Bremen. Herausgeber: Kurt Thiele Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung, Kurt Thiele. Geschäftsstelle und Redaktion: Papenstr. 15 Sprechstunden der Redaktion: Montag bis Freitag von 17 bis 19 Uhr. — Fernsprecher Domsheide 25878

Die BNZ erscheint jeden Werktag u. kostet RM. 1,90 frei Haus, durch die Post zuzügl. 36 Pfg. Bestellgeld. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Betriebsstörung, Streik, Verbot, Aussperrung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Rückzahl. des Bezugspr.

Anzeigenberechnung: hiesige die 10gesp. Nonp.-Zeile Rm. 0,25, auswärts Rm. 0,30, im Textteil die 4gespalt. Textzeile Rm. 0,80, auswärts Rm. 1,—. Stellengesuche u. Familien-Anzeigen Rm. 0,10, kleine Anzeigen Rm. 0,15. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Unser Führer hat das Wort!

Die Denkschrift Hitlers: Vernichtende Abrechnung mit dem System und seinen verantwortlichen Führern

Die richtige Antwort

Als Brüning plötzlich unseren Führer **Adolf Hitler** nach Berlin bat, als er plötzlich eine Bewegung, deren Mitglieder bislang zu Menschen zweiter Klasse gestempelt waren, mit dem Vorantritt zur Rettungsaktion eben dieses Systems beehrte, ahnte der Kanzler nicht, welche vernichtende Antwort er auf diesen Schritt erhalten würde. In der nachstehenden Denkschrift hat unser Führer mit der ihm allein eigenen Klarheit und Sachlichkeit die Zusammenhänge aufgezeigt, die zu der geplanten Rettungsaktion führten und die es der deutschen Freiheitsbewegung unmöglich machten, sich an ihr zu beteiligen. Alle Argumente, die bislang die Reichsregierung sowie die Systempresse für diese Aktion vorgebracht haben, zerplatzen wie Seifenblasen und durch die ganze Denkschrift klingt die Forderung des erwachten Deutschlands, der Bewegung die Macht in die Hand zu geben, die allein heut in der Lage ist, die außen- und innenpolitische Lage zu meistern.

Die Erklärung an den Reichskanzler

Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Reichsinnenminister General Groener hat mir in Ihrem Auftrag, Herr Reichskanzler, am 6. Januar 1932 mitgeteilt, es bestünde die Absicht einer Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten von Hindenburg durch Beschluß des Reichstages herbeizuführen. Da zur Erreichung der dafür als notwendig erachteten Zweidrittelmehrheit **die Zustimmung der NSDAP. erforderlich ist**, wurde meine Stellungnahme hierzu erbeten.

Ich habe — überrascht von dem Vorschlage — in den verschiedenen mit Ihnen, Herr Reichskanzler, und dem Reichsinnenminister General Groener und Staatssekretär Dr. Meißner gehabten Besprechungen mein Bedenken gegen diese eigenartige Absicht vorgebracht.

Meinen Bemühungen gelang es, einen Weg zu finden, der es ermöglicht haben würde, die Person des Reichspräsidenten aus dem peinlichen Zusammenhang mit der bezeichneten Aktion zu bringen.

Entgegen meiner Absicht, die Angelegenheit diskret zu behandeln, wurde aber die Oeffentlichkeit insoweit in Kenntnis gesetzt, daß aus begreiflichen parteipolitischen Interessen eine Pressekampagne durch ungeschickte Kombinationen und unanständige Pressionen, ja sogar **durch Fälschungen** die Lage verwirrte und meine Entscheidung erschwerte. Da der von mir gewünschte Weg der Ueberwindung dieser Schwierigkeiten nicht durchzudringen vermochte, bleibt mir angesichts der Art der Behandlung der Frage durch einen Teil der Presse, angesichts **der Kombinationen und unwahren Behauptungen**, die sich daraus ergeben, kein anderer Weg, als auch von mir aus die Oeffentlichkeit von den Gründen zu unterrichten, die meine Stellungnahme bedingten. **Denn ich bin nicht in der Lage, Herr Reichskanzler, Ihre Aktion als möglich anzusehen, sowohl vom rein verfassungsmäßigen Standpunkt aus als auch auf Grund einer politischen Ueberprüfung.**

Ich habe mir erlaubt, die in dieser Denkschrift niedergelegten rein verfassungsrechtlichen Bedenken ehrerbietigst dem Herrn Reichspräsidenten zu unterbreiten. Die politischen Argumente, die gegen die Aktion sprechen, würde ich nicht anführen, wenn nicht die Notwendigkeit der Durchführung dieses Planes sowohl von Ihnen, Herr Reichskanzler, als auch von anderen Seiten mit Gründen **hauptsächlich außenpolitischen Charakters** motiviert worden wären. Da ich aber diese Argumente in erstaunlicher Uebereinstimmung in einem Teil der deutschen Presse veröffentlicht gesehen habe, bin ich gezwungen, **auch ihre Widerlegung öffentlich vorzunehmen.** Denn ich habe in all den Besprechungen nicht eine Begründung gefunden, deren Widerlegung irgendwelche Schwierigkeiten machen würde. Im Gegenteil: Ich glaube, daß zumindest die in meiner Bewegung stehenden deutschen Volksgenossen sich auf das einmütigste hinter die Ihnen nunmehr von mir bekanntgegebene Auffassung stellen werden. Ich glaube dabei noch darüber hinaus, daß es für den Zweck nützlich ist, die Widerlegung der Begründung einer Absicht öffentlich vorzunehmen, die in anderer Form und mit anderen Methoden vielleicht schon morgen wieder auftauchen könnte.

Gegen die Verfassung

Die **Weimarer Verfassung ist das Grundgesetz** und damit die Rechtsgrundlage der deutschen Republik. Im Artikel 1 der Verfassungsurkunde stellt sie fest:

1. Das Deutsche Reich ist eine **Republik**;
2. Die Staatsgewalt geht **vom Volke** aus.

Dementsprechend bestimmt auch der Artikel 41: Der Reichspräsident wird vom **ganzen Volk** gewählt.

Daß diese Urwahl durch den verfassungsändernden Beschluß einer qualifizierten Mehrheit des Reichstages ersetzt werden könnte, **widerspricht meines Erachtens den klaren Bestimmungen der Reichsverfassung.** Wäre dem nicht so, dann würde die Reichsverfassung in Artikel 43 nicht fordern, daß der Reichspräsident **durch eine allgemeine Volksabstimmung** abgesetzt werden kann, nicht aber durch eine Mehrheit des Reichstages. Dieser Zweidrittelmehrheit ist in dem genannten Artikel der Reichsverfassung lediglich das Recht einer Antragstellung zur Volksabstimmung vorbehalten. Wie sehr die Reichsverfassung das Ergebnis der Volksabstimmung (d. h. also den einfachen Mehrheitsentscheid der Urwähler) über jede, auch verfassungsändernde Mehrheit des Reichstages stellt, geht meiner Auffassung nach völlig zweifellos aus dem weiteren Satze des Artikels 43 hervor, daß nämlich die Ablehnung des Antrages auf Absetzung des Reichspräsidenten durch den Ausgang der Volksabstimmung als **neue Wahl** gilt und automatisch die **Auflösung des den Antrag stellenden Reichstages** zur Folge hat. Selbst wenn also eine Zweidrittelmehrheit des Reichstages die Absetzung des Reichspräsidenten wünscht, die darauf durchgeführte Volksabstimmung aber in einfacher Mehrheit diesen Antrag ablehnt, bleibt der Reichspräsident in seinem Amte und gilt sogar damit überhaupt wieder als neugewählt. Der Reichstag selbst jedoch verfällt der Auflösung.

Würden die Gesetzgeber der Weimarer Verfassung eine Neuwahl oder auch nur eine Amtsverlängerung im Augenblick der Abfassung dieser Urkunde durch eine Reichstagsmehrheit für angängig gehalten haben, dann hätten sie ebenso sicher eine entsprechende Bestimmung in der Reichsverfassung getroffen, wie sie damit allerdings aber auch umgekehrt logischerweise der gleichen Mehrheit die Befugnis zuerkannt haben würden, den Reichspräsidenten auch wieder abzusetzen. **Denn es ist klar:**

Die Instanz, die eine Einsetzung vornimmt, muß auch die Absetzung aussprechen können. Wenn eine Zweidrittelmehrheit den Reichspräsidenten zu wählen befähigt ist, muß ihn eine andere Zweidrittelmehrheit ebenso auch absetzen können.

Die Reichsverfassung lehnt aber diese Befugnis des Reichstages von vornherein als irrig ab, indem sie ausdrücklich bestimmt, daß der Reichspräsident vom Volke gewählt werden muß und daher auch wieder vom Volke allein abgesetzt werden kann.

Generalfeldmarschall von Hindenburg ist als erster Reichspräsident auf dem verfassungsmäßig vorgeschriebenem Wege zur Wahl gestellt und gewählt worden. Die Bedenken, die seiner Zeit aus verfassungsrechtlichen Gründen gegen die Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten Ebert durch Beschluß des Deutschen Reichstages bestanden und von der nationalsozialistischen Bewegung vertreten wurden, müßten infolgedessen heute eher noch schärfer als damals geltend gemacht werden.

Ich habe daher, Herr Reichskanzler, persönlich berechtigte Zweifel, daß ein solcher Vorgang überhaupt verfassungsrechtlich zulässig ist, wenn in der Verfassung ein wirkliches Fundament staatlichen Lebens erblickt werden soll.

Reichstagsneuwahl notwendig!

Sollte aber trotzdem die Auslegung, daß eine Zweidrittelmehrheit des Reichstages entgegen den klaren Bestimmungen der Reichsverfassung einer Volksabstimmung gleichzusetzen sei, angenommen werden, dann müßte meines Erachtens aber zumindest eine selbstverständliche Voraussetzung erfüllt sein: **Die Zusammensetzung des Reichstags muß den augenblicklichen und wirklichen Willen des Volkes tatsächlich und erweisbar zum Ausdruck bringen.** Ihre Meinung, Herr Reichskanzler, daß im Interesse der Kontinuität der Führung der politischen Geschäfte auf eine Wahl verzichtet werden müsse, weil sich durch einen in ihr äußernden neuen Willen unter Umständen eine Aenderung in personeller und sachlicher Richtung hin ergeben könnte, widerlegt sich durch sich selbst. Denn weil die Demokratie die Auffassung vertritt, daß alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht und damit sämtliche Repräsentanten der Staatsgewalt nur Mandatare des Volkswillens sind, unterwirft sie die Leitung der politischen Geschäfte persönlich und damit auch sachlich der von Zeit zu Zeit vorzunehmenden Nachprüfung durch das Volk. Indem durch die Verfassung sowohl der Volksvertretung als auch dem Reichspräsidenten eine bestimmt begrenzte Geltungsdauer zugemessen wird, berücksichtigt sie die Aenderungen in der politischen Willensbildung des Volkes, die sich **aus der Beurteilung der Leistungen der vom Volk gewählten Regierung** ergeben und einstellen. Nach der Auffassung der Demokratie soll aber gerade diese Einstellung in den von Zeit zu Zeit sich wiederholenden Wahlen ihre ausdrückliche Berücksichtigung finden. Es ist dabei gänzlich belanglos, wie lange in dem vorliegenden Fall der Reichstag schon als gewählt erscheint und wann seine normale Wiederwahl stattfinden soll.

Denn laut Verfassung soll die **Reichspräsidentenwahl 1932** stattfinden. Damit ist es aber für **diese Wahl** nicht wesentlich, welche politische Auffassung die deutsche Nation am **14. September 1930** besaß, sondern entscheidend, welche politische Willensbildung sie **im März 1932** besitzt. Selbst wenn demnach angenommen werden könnte, der Reichstag sei befugt, die Urwahl durch eine einfache Abstimmung zu ersetzen, so müsse doch als logische **Vorbedingung** die **restlose Uebereinstimmung** des Willensausdrucks des **Reichstages** mit der in diesem Zeitpunkte vorhandenen Willensbildung der **Nation garantiert** sein.

Da dies nachweisbar weder der Fall ist, noch überhaupt der Fall sein kann, müßte schon in Ansehung der Würde des Herrn Generalfeldmarschalls demnach zuerst **der Reichstag**, der ihn in seinem Amte neu zu wählen berufen ist, dem **Willen des Volkes entsprechend zusammengesetzt sein.** Praktisch würde damit aber gerade das erreicht, was erst vermieden werden sollte: Es fände dennoch eine **Wahl** statt.

Alle sonst gegen eine Neuwahl angeführten Gründe innen- und außenpolitischer Natur können **niemals ein Freibrief zur Verletzung der Verfassung** sein, selbst wenn diese Verletzung eine buchstabenmäßige Begründung fände, dem inneren klaren Sinn und Geist der Verfassung aber widerspräche.

Aus Bremen Stadt und Staat

Bürgermeister Dr. Donandt 80 Jahre alt

Bürgermeister Dr. Donandt ist am 18. Januar 1852 als Sohn des Senators Ferdinand Donandt geboren. Der Vater gehörte fast 20 Jahre dem Bremer Senat an. Martin Donatus Ferdinand Donandt studierte in Göttingen, Erlangen und Berlin die Rechte, wurde 1877 zur Ausübung der Rechtsanwaltschaft bei den bremischen Gerichten zugelassen und später zum Richter ernannt. 1891 trat er in die Bürgerschaft ein, die ihn alsbald in die Finanzdeputation berief und 1925 zum Bürgermeister und Präsidenten wählte. Ehrenhalber wurde im Jahre 1927 die Würde eines Dr. Ing. durch die technische Hochschule in Hannover verliehen. Dr. Donandt gehört demnach dem Senat seit 1898 in ununterbrochener Folge an.

Die Maske herunter

Die Not der Kriegsbeschädigten, insbesondere aber der Hinterbliebenen und Kriegereltern ist nachgerade so groß, daß es täglich langer Berichte bedürfte, um das schreiende Unrecht zu kennzeichnen. Dringlicher und lauter aber erhebt sich unter den Betroffenen die Frage: **Wie konnte dies alles so kommen?** Um diese Frage zu beantworten, ist es notwendig, sich einmal mit dem Werdegang der Kriegsopferbewegung zu beschäftigen.

Als im Jahre 1917 die Kriegsbeschädigten zum ersten Male versuchten, sich in treuer Frontkameradschaft zusammen zu schließen, um gemeinsam ihre Belange vertreten zu können, waren es in erster Linie die freien Gewerkschaften und mit ihnen in edlem Wettstreit die gelben und Hirsch-Dunckerschen, welche versuchten diese sich auftuende Domäne zwecks Sicherung von neuen Bonzenposten zu erobern. Als nun aber selbst durchaus gewerkschaftlich gut geschulte Arbeiter feststellen mußten, daß gerade diesen Leuten nicht einmal der ernste Wille zu einer ernsthaften Vertretung anzumerken war, und die Kriegsbeschädigten eben mehr Vertrauen zu den aus ihrer Mitte gewählten Kameraden hatten, scheuten sich diese „edlen Arbeitervertreter" nicht, diesen Zusammenschluß der Kriegsopfer als den Beginn einer revolutionären Bewegung bei der Regierung zu verdächtigen. Erst als auch dieser Schuß fehlging, stürzten sich prominente Vertreter der SPD mit der diesen Leuten eigenen Gier in die Versammlungen und stellten ihre „Köpfe" zur Verfügung. Um nun zu ermöglichen, daß auch die Helden, die den Krieg in der Heimat mitmachten, mit den Posten bedacht werden konnten, mußten satzungsmäßig auch für die Kriegsteilnehmer die gleichen Rechte festgelegt werden. War nun schon einmal die Zersplitterung gelungen, so bedurfte es nur noch der entsprechenden Propaganda, um den Marxisten, die, man höre und staune, dank der finanziellen Unterstützung des Großkapitalisten und Juden Parvus Halphand, natürlich das Rennen machten, den Löwenanteil der zu vergebenden Posten zu sichern. Daß gerade diese Vertreter nun natürlich alles unterlassen haben, was zur Sicherung der Rechte der Kriegsopfer beitragen könnte. Diese Handlungsweise ist natürlich allein schon aus der pazifistischen Einstellung dieser edlen Systemanhänger erklärlich. Es liegt nun bei den Kriegsopfern selbst, daraus die nötigen Schlüsse zu ziehen und sich zu einer Einheitsfront zusammenzuschließen. Die Kriegsopfer-Nothilfe der NSDAP. führt den Kampf gegen das Unrecht, wo immer es anzutreffen ist und wird den einmal beschrittenen geraden Weg nicht verlassen.

Bar . . .

Bremens Seeverkehr im Jahre 1931

„Seeschiffsverkehr ziemlich gehalten. Güterverkehr der deutschen Wirtschaft entsprechend erheblich schwächer!"

Die Seehäfen galten schon immer als Barometer der Wirtschaft. Von der jetzigen Weltkrise sind sie aber besonders hart getroffen. Denn in früheren Krisen blieb die Verbundenheit der Völker im Welthandel und Weltverkehr an sich unangetastet. Aber die gegenwärtigen autarkischen Bestrebungen, die sich vielfach in hohen Zollmauern zeigen, und die Notmaßnahmen mancher Völker, ihre Wirtschaft durch Absperrung vom Welthandel mittels Devisen-Verordnungen usw. intakt zu halten, sind ausgesprochen weltverkehrsfeindlich. So werden denn Seeschiffahrt, Seehandel und Seehäfen den Stürmen, welche das Gebäude der Weltwirtschaft erschüttern, in besonderem Maße preisgegeben. Und namentlich in Deutschland, welches am meisten von der Katastrophe betroffen ist und seine Häfen und seine Schiffahrt ganz auf eigene Kraft gestellt, sind im Gegensatz zur Subventionierungspolitik fast aller anderen Länder.

Man muß diese Tatsachen bei den jetzt vorliegenden Ziffern über den Seeverkehr Bremens berücksichtigen. Sie zeigen zwar erhebliche Rückschläge, aber an der Gesamtentwicklung Deutschlands und des Weltverkehrs gemessen, zeigen sie doch, daß dieser deutsche Hafen, der den Wettbewerb des westlichen Auslandes besonders stark ausgesetzt ist, auch in der Wirtschaftskatastrophe 1931 noch seine innere Kraft und eine gesunde Grundlage bewahren konnte.

Der Ausfall im Güterverkehr von 19,5 Prozent trifft Häfen, Handel und Schiffahrt schwer, hält sich aber doch im Rahmen der allgemeinen Entwicklung, obgleich gerade Bremen durch die Lage am Textilmarkt und die Zwangsmaßnahmen in der Getreidewirtschaft besonders stark getroffen wird.

Im einzelnen wird folgendes berichtet:

Der Seeschiffsverkehr für bremische Rechnung hatte im Dezember wieder einen Rückgang zu verzeichnen. Es kamen 688 462 NRT., oder 25 000 NRT. gleich 4 Prozent weniger an als im November und rund 97 000 NRT. gleich 13 Prozent weniger als im Dezember 1930.

Im abgelaufenen Jahre trafen insgesamt 8 583 676 NRT. ein gegen 9 133 271 NRT. im Jahre 1930, also 549 595 NRT. oder 6 Prozent weniger. Die Ursachen für den Rückgang sind in den wirtschaftlichen Verhältnissen zu suchen. Es ist aber immerhin bemerkenswert, daß trotz des Fortschreitens der Depression seit Juni 1931 eine Verschlechterung um nur 2 Prozent eingetreten ist. —

Im seewärtigen Güterverkehr der fünf wichtigen Weserhäfen trat im Dezember nach der Belebung im Vormonat ebenfalls wieder ein Rückgang ein. Einfuhr und Ausfuhr zusammen erreichten nur 461 000 To. Das sind 24 000 To. oder 5 Prozent weniger als im November und 61 000 Tonnen weniger als im Dezember 1930. Die Einfuhr blieb mit 313 000 To. um 17 000 To. bezw. 44 000 To. zurück, die Ausfuhr mit 148 000 To. um 7000 To. bezw. 17 000 Tonnen.

Im Jahre 1931 wurden seewärts 5 193 000 To. ein- und ausgeführt gegen 6 449 000 To. im Jahre 1930. Damit stellt sich der Ausfall gegenüber 1930 auf 1 256 000 To. oder 19,5 Prozent — Der größte Teil der Abnahme kommt auf die Einfuhr. Sie fiel von 4 191 000 To. 1930 auf 3 207 000 To., büßte also 23,5 Prozent ein. Während der Rückgang 1930 gegenüber 1929 in erster Linie auf den geringeren Getreidezufuhren infolge der Regierungsmaßnahmen beruhte, wurde 1931 fast alle Güter betroffen, besonders Erz, Holz, Baumwolle, Wolle und Getreide. Die Ausfuhr betrug 1931 1 986 000 To. Sie verlor gegenüber dem Jahre 1930 271 000 To. oder 12 Prozent. Abgenommen haben hauptsächlich Kali und Stückgüter.

Unfälle. Auf der Oberneulanderstr. wurde ein Radfahrer von einem Personenkraftwagen angefahren und mußte mit einer Gehirnerschütterung der Gr. Krankenanstalt zugeführt werden. — Ein Personenkraftwagen, der auf der Oslebshauser Heerstraße einen Radfahrer überholen wollte, fuhr nach links auf den Gehweg und gegen einen Baum, da der Radfahrer während der Ueberholung plötzlich ein Zeichen gegeben haben soll, daß er nach links einzubiegen beabsichtigte. Zwei Insassen des Kraftwagens wurden durch Glassplitter leicht verletzt. Der Kraftwagen wurde derartig beschädigt, daß er abgeschleppt werden mußte. — Leicht verletzt wurde ein Radfahrer, der auf dem Radfahrweg an der Gröpelinger Heerstraße von einem Kraftwagen angefahren worden war, der auf ein an der Unfallstelle belegenes Grundstück fahren wollte. — Ein Personenkraftwagen, der die Georgstraße in Richtung Bahnhof befuhr, sah sich plötzlich einem anderen Personenkraftwagen gegenüber, der aus der Birkenstraße kommend, in Richtung Falkenstraße weiterfahren wollte. Der die Georgstraße befahrende Kraftwagenführer fuhr nach links auf den Gehweg und gegen einen Baum, um einen Zusammenstoß mit dem anderen Kraftwagen aus dem Wege zu gehen. Hierbei wurde der Kraftwager derart beschädigt, daß er abgeschleppt werden mußte. Zwei Insassen dieses Kraftwagens wurden durch Glassplitter leicht verletzt. — Auf der Rembertistraße wurde ein Passant von einem Personenkraftwagen angefahren und leicht verletzt. Ebenso ist ein Fußgänger leicht verletzt worden, der auf der Sebaldsbrücker Heerstraße von einem Kraftwagen angefahren worden war. — Dem Diakonissenhause wurde eine Radfahrerin zugeführt, die auf der Faulenstraße vor dem Kaufhause Bamberger beim Ueberholen eines dort aufgestellten Lastwagens von einer Straßenbahn angefahren worden war, die im gleichen Augenblick an dem Lastwagen vorbeifuhr. Die Radfahrerin hat anscheinend innere Verletzungen erlitten. — Ferner mußte ein Passant ins Diakonissenhaus geschafft werden, der auf dem Steffensweg infolge eines Schwindelanfalls zu Fall gekommen war.

Polizeibericht vom 15. Januar. Der Münzgasmessereinbrecher treibt noch immer sein Unwesen. Er hat jetzt Automaten in der Feldstraße und Vagtstraße erbrochen und des Inhalts beraubt. Das Publikum wird um Mitfahndung gebeten. — In den letzten Nächten wurde der Aushängekasten eines Sportvereins, der an einem Hause an der Ansgaritirche angebracht war, gestohlen. — Einbrecher entwendeten eine Schreibmaschine, Orga Privat Nr. 168 447. — **Eigentümer gesucht.** Im Besitze eines zur Zeit hier in Untersuchungshaft befindlichen 62jährigen Tischlers, der mit seinem 23jährigen Sohne nachts auf Rädern auf Diebesfahrten in der Umgebung Bremens Hühner, Kartoffeln und Wäsche gestohlen hat, sind nachstehend aufgeführte Gegenstände aufgefunden: Ein Kopfkissenbezug, eine Serviette, gez. E. W., ein Damenhemd, ein Geschirrhandtuch, 7 Herrentaschentücher, ein Herrentaschentuch gez. mit rotem H, ein Damentaschentuch, mit blauem K gezeichnet, ein Damentaschentuch, gez. mit weißem H. B. Sämtliche Stücke werden gestohlen sein. Die unbekannten Eigentümer werden gebeten, sich umgehend im Polizeihause, Zimmer 349, zu melden.

Bremer Getreidemarkt. Weizen: Manitoba (1) 5.95 unverzollt. Roggen: Nordrussischer 4.85 unverzollt. Gerste: Donau 4.85 unverzollt. La Plata 4.90 unverzollt. Russen 5.00 unverzollt. Hafer: Pomm. Weißhafer 56-7 Kilo 8.60, do. 54-5 Kilo 8.45, do. 51-2 Kilo 8.30. Mais: La Plata 8.65 verzollt. Donau Galfor 7.90 verzollt. Tendenz: Ruhig!

Berücksichtigt die Inserenten!

Gegen Röte der Hände und des Gesichts

sowie unschöne Hautfarbe verwendet man am besten die schneeig-weiße Creme Leodor, die gleichzeitig eine vorzügliche Unterlage für Puder ist. — Die kühlende und heilende Wirkung tritt besonders im Winter in Erscheinung, wenn Hände und Gesicht durch Einwirkung der Kälte stark gerötet sind. Auch bei spröder und aufgesprungener Haut, insbesondere bei dem so lästigen Juckreiz der Haut, leistet die Creme vorzügliche Dienste. In allen diesen Fällen trägt man sie in dünner Schicht auf und wiederholt dies mehrmals täglich, abends in stärkerer Schicht. Der nachhaltige Duft dieser Creme gleicht einem taufrisch gepflückten Frühlingsstrauß von Maiglöckchen, Veilchen und Flieder, ohne jenen berüchtigten Moschusgeruch, den die vornehme Welt verabscheut. — Leodor-Kühl-Creme, rote Packung; Leodor-Fett-Creme, blaue Packung. — Wirksam unterstützt durch Leodor-Edel-Seife. — Unter-Vorkriegspreise. — In allen Chlorodont-Verkaufsstellen erhältlich

Zislut

EINE DEUTSCHE BEWEGUNG

von E. CZECH-JOCHBERG

„Warum hat dann aber, wenn der Geist ein anderer war, Knilling dem vermittelnden Reichsarbeitsminister Brauns, als er nach München kam, einfach die Türe gewiesen?"

Dann beginnt Kahr mit einer Darstellung der Vorfälle im Bürgerbräukeller. Es sei nicht richtig, daß er, nachdem er Hitler die Rechte gegeben hätte, auch noch die Linke darübergelegt . . .

Hitler springt auf: „Bin ich ein Lügner?"

Er habe sich auch nicht vor den Pistolen gefürchtet . . .

„Warum haben Sie ihre Wohnung mit Stacheldrahtverhauen umgeben?" ruft jemand.

— — — — — — — — — — —

Der Saal rauschte vor Erregung. Es dauerte lange, ehe sie abebbte.

Die Stille nützte der Vorsitzende, um zu konstatieren, daß es unrichtig sei (was Berliner Zeitungen wissen wollten), daß die Person des bayrischen Exkronprinzen in die Untersuchung hineingezogen worden sei oder gezogen würde.

Die Angeklagten sandten einen stillen Blick zu, für keinen Außenstehenden bemerkbar . . .

— — — — — — — — — — —

„Die Leitung des Prozesses habe ich."

Das schrien alle Blätter Berlins, das lächelte München (bitter die einen, vergnügt die anderen).

Unter solchen Umständen war es kein Wunder, daß General von Lossow mit allen Anzeichen höchster Erregung in den Verhandlungssaal platzte.

Die Meute der Anwälte wird auf ihn losgelassen. Aber Lossow hebt seinen scharfen Kopf, er antwortet nicht.

Bis der Vorsitzende bescheiden erwähnt, daß das Beantworten und Nichtbeantworten einer Frage er entscheide und nicht der Zeuge.

Dann knistert das Kreuzverhör.

Lossow vermag nicht mehr zu stehen. Er durchmißt den engen Raum zwischen den Rechtsanwaltstischen, daß die Sporen klingen (er ist in Uniform. Als Kommandant der bayerischen Reichswehr!).

Bis er den Verteidiger Kohl anpfeift: „Was weiß ich, was in China oder Japan für Unsinn geschehen ist."

Da springt der Rechtsanwalt vor: „Ich verbitte mir diesen Ton. Ich bin nicht ihr Rekrut, Herr General . . . ich bin Offizier wie Sie."

Der Vorsitzende verurteilt Lossow zu 10 Mark Ordnungsstrafe.

Aber die Unruhe will sich nicht glätten. Hitler wirft Lossow Wortbruch vor: „Sie haben selbst gesagt: Meinetwegen könnt ihr mich ruhig den Meineidbauer nennen."

— — — — — — — — — — —

Hitler war längst zum Staatsanwalt geworden. Immer klarer aber erstand das Bild des 9. November damals in München vor den Augen der Oeffentlichkeit. Der Bannstrahl, der über die Alpen gegen Ludendorff schoß, weil er sich vermessen hatte, die Interessen zu beleuchten, die immerhin eine große Partei Deutschlands an der Zerstückelung des Reiches haben könnte, verstärkten nur den Eindruck, den man von dem Prozesse gewonnen.

Daß Kahr den Putsch vorbereitet hatte, nicht den vom 9. November, sondern einen anderen, das wußte man nun, und daß die bayerische Reichswehr eine aktive Rolle hätte spielen sollen bei der „Ordnung der Verhältnisse in Sachsen".

Weniger klar sah man andere Dinge. Waren die Kahrs und Lossows im letzten Augenblick vor ihrer eigenen Courage erschrocken, so daß Hitler sie „abspringen" lassen wollte?

Oder hatte Hitler den Putsch unternommen, weil nur seine Person die Gewähr dafür bot, daß das Unternehmen nicht die Zerstückelung Deutschlands zum Ziele hatte?

— — — — — — — — — — —

So konnte denn einer der Verteidiger in seinem Plädoyer, das vor atemlosem und sozusagen ausverkauften Hause stattfand, sagen: „Bayern hatte die Reichsverfassung längst zerschlagen, hatte ihr Instrument, die Reichswehr, zertrümmert. Ein Hochverrat war begrifflich also nicht mehr möglich."

— — — — — — — — — — —

Die Polizei sah dem 31. März mit Unruhe entgegen. Der Hitlerprozeß hatte die Gemüter der Stadt in beängstigender Weise entzündet. Der Verteidiger Hitlers und der übrigen Angeklagten vermochten sich kaum mehr ihren Weg durch die Menge zu bahnen, die Heilrufe schlugen über ihnen zusammen.

In keinem Bierhaus, in keinem Büro sprach man von etwas anderem als dem bevorstehenden Urteil.

Wurde Hitler verurteilt? Würde man das wagen? Die Adern schwollen bei diesem Gedanken, und junge Hitzköpfe brauten für diesen Fall schon ihre Rache.

Die Polizei selbst rechnete mit großen Unruhen. Alle wichtigen Gebäude sollten besetzt werden an diesem Tage. Schon am frühen Tage glich München einem Heerlager.

Sonderbar stark schien der Verkehr plötzlich. Durch die Straßen schoben sich die Menschen in ganzen Klumpen, das „Weitergehen!" der Polizei wurde nicht beachtet.

An den Wänden las man Kreideaufschriften, die nicht gerade Kosenamen für Kahr enthielten. Die Studenten bummelten in geschlossenen Massen, auch die Nähe einer Patrouille konnte sie nicht hindern, Lossow und Kahr mit Worten zu nennen, die nach dem Landesgericht schrien.

Dann wußten es plötzlich alle. Weiß Gott, wie das möglich war, wie diese Benachrichtigung zustande kam. Aber sie wußten es: Daß die Verteidiger Zeichen geben würden.

Im offenen Wagen würden sie fahren, die Rechtsanwälte der Nationalsozialisten, würden eine riesige Kriegsfahne hinter sich knattern lassen, falls Hitler freikäme oder auch, wenn er zu Festung verurteilt würde, Strafaufschub erhielte.

Anderenfalls würde keine Fahne gehißt werden und der Wagen langsam durch die Stadt fahren.

Alle Fenster waren offen, auf den Bürgersteigen wimmelte es von Menschen wie in einem Bienenschwarm. Noch immer kein Wagen mit den Rechtsanwälten zu sehen.

„Da werden wir noch ein paar Stunden warten müssen!"

(Fortsetzung folgt.)

Einzelpreis 15 Pfennig

BNZ

Montag, 18. Januar 1932 • Nummer 14

Heute Hitlers Denkschrift

Bremer Nationalsozialistische Zeitung
Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Verlagsort Bremen. Herausgeber: Kurt Thiele Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung, Kurt Thiele. Geschäftsstelle und Redaktion: Papenstr. 15 Sprechstunden der Redaktion: Montag bis Freitag von 17 bis 19 Uhr. — Fernsprecher Domsheide 25878

Die BNZ erscheint jeden Werktag u. kostet RM. 1,90 frei Haus, durch die Post zuzügl. 36 Pfg. Bestellgeld. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Betriebsstörung, Streik, Verbot, Aussperrung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Rückzahl. des Bezugspr.

Anzeigenberechnung: hiesige die 10gesp. Nonp.-Zeile Rm. 0,25, auswärts Rm. 0,30, im Textteil die 4gespalt. Textzeile Rm. 0,80, auswärts Rm. 1,—. Stellengesuche u. Familien-Anzeigen Rm. 0,10. Kleine Anzeigen Rm. 0,15. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Unser Führer hat das Wort!

Die Denkschrift Hitlers: Vernichtende Abrechnung mit dem System und seinen verantwortlichen Führern

Die richtige Antwort

Als Brüning plötzlich unseren Führer Adolf Hitler nach Berlin bat, als er plötzlich eine Bewegung, deren Mitglieder bislang zu Menschen zweiter Klasse gestempelt waren, mit dem Vorantritt zur Rettungsaktion eben dieses Systems beehrte, ahnte der Kanzler nicht, welche vernichtende Antwort er auf diesen Schritt erhalten würde. In der nachstehenden Denkschrift hat unser Führer mit der ihm allein eigenen Klarheit und Sachlichkeit die Zusammenhänge aufgezeigt, die zu der geplanten Rettungsaktion führten und die es der deutschen Freiheitsbewegung unmöglich machten, sich an ihr zu beteiligen. Alle Argumente, die bislang die Reichsregierung sowie die Systempresse für diese Aktion vorgebracht haben, zerplatzen wie Seifenblasen und durch die ganze Denkschrift klingt die Forderung des erwachten Deutschlands, der Bewegung die Macht in die Hand zu geben, die allein heut in der Lage ist, die außen- und innenpolitische Lage zu meistern.

Die Erklärung an den Reichskanzler

Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Reichsinnenminister General Groener hat mir in Ihrem Auftrag, Herr Reichskanzler, am 6. Januar 1932 mitgeteilt, es bestünde die Absicht einer Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten von Hindenburg durch Beschluß des Reichstages herbeizuführen. Da zur Erreichung der dafür als notwendig erachteten Zweidrittelmehrheit **die Zustimmung der NSDAP. erforderlich ist,** wurde meine Stellungnahme hierzu erbeten.

Ich habe — überrascht von dem Vorschlage — in den verschiedenen mit Ihnen, Herr Reichskanzler, und dem Reichsinnenminister General Groener und Staatssekretär Dr. Meißner gehabten Besprechungen mein Bedenken gegen diese eigenartige Absicht vorgebracht.

Meinen Bemühungen gelang es, einen Weg zu finden, der es ermöglicht haben würde, die Person des Reichspräsidenten aus dem peinlichen Zusammenhang mit der bezeichneten Aktion zu bringen.

Entgegen meiner Absicht, die Angelegenheit diskret zu behandeln, wurde aber die Oeffentlichkeit insoweit in Kenntnis gesetzt, daß aus begreiflichen parteipolitischen Interessen eine Pressekampagne durch ungeschickte Kombinationen und unanständige Pressionen, ja sogar **durch Fälschungen** die Lage verwirrte und meine Entscheidung erschwerte. Da der von mir gewünschte Weg der Ueberwindung dieser Schwierigkeiten nicht durchzudringen vermochte, bleibt mir angesichts der Art der Behandlung der Frage durch einen Teil der Presse, angesichts **der Kombinationen und unwahren Behauptungen,** die sich daraus ergeben, kein anderer Weg, als auch von mir aus die Oeffentlichkeit von den Gründen zu unterrichten, die meine Stellungnahme bedingten. **Denn ich bin nicht in der Lage, Herr Reichskanzler, Ihre Aktion als möglich anzusehen, sowohl vom rein verfassungsmäßigen Standpunkt aus als auch auf Grund einer politischen Ueberprüfung.**

Ich habe mir erlaubt, die in dieser Denkschrift niedergelegten rein verfassungsrechtlichen Bedenken ehrerbietigst dem Herrn Reichspräsidenten zu unterbreiten. Die politischen Argumente, die gegen die Aktion sprechen, würde ich nicht anführen, wenn nicht die Notwendigkeit der Durchführung dieses Planes sowohl von Ihnen, Herr Reichskanzler, als auch von anderen Seiten mit Gründen **hauptsächlich außenpolitischen Charakters** motiviert worden wären. Da ich aber diese Argumente in erstaunlicher Uebereinstimmung in einem Teil der deutschen Presse veröffentlicht gesehen habe, bin ich gezwungen, **auch ihre Widerlegung öffentlich vorzunehmen.** Denn ich habe in all den Besprechungen nicht eine Begründung gefunden, deren Widerlegung irgendwelche Schwierigkeiten machen würde. Im Gegenteil: Ich glaube, daß zumindest die in meiner Bewegung stehenden deutschen Volksgenossen sich auf das einmütigste hinter die Ihnen nunmehr von mir bekanntgegebene Auffassung stellen werden. Ich glaube dabei noch darüber hinaus, daß es für den Zweck nützlich ist, die Widerlegung der Begründung einer Absicht öffentlich vorzunehmen, die in anderer Form und mit anderen Methoden vielleicht schon morgen wieder auftauchen könnte.

Gegen die Verfassung

Die **Weimarer Verfassung ist das Grundgesetz** und damit die Rechtsgrundlage der deutschen Republik. Im Artikel 1 der Verfassungsurkunde stellt sie fest:

1. Das Deutsche Reich ist eine **Republik;**
2. Die Staatsgewalt geht **vom Volke** aus.

Dementsprechend bestimmt auch der Artikel 41: Der Reichspräsident wird vom **ganzen Volk** gewählt.

Daß diese Urwahl durch den verfassungsändernden Beschluß einer qualifizierten Mehrheit des Reichstages ersetzt werden könnte, **widerspricht meines Erachtens den klaren Bestimmungen der Reichsverfassung.** Wäre dem nicht so, dann würde die Reichsverfassung in Artikel 43 nicht fordern, daß der Reichspräsident **durch eine allgemeine Volksabstimmung** abgesetzt werden kann, nicht aber durch eine Mehrheit des Reichstages. Dieser Zweidrittelmehrheit ist in dem genannten Artikel der Reichsverfassung lediglich das Recht einer Antragstellung zur Volksabstimmung vorbehalten. Wie sehr die Reichsverfassung das Ergebnis der Volksabstimmung (d. h. also den einfachen Mehrheitsentscheid der Urwähler) über jede, auch verfassungsändernde Mehrheit des Reichstages stellt, geht meiner Auffassung nach völlig zweifellos aus dem weiteren Satze des Artikels 43 hervor, daß nämlich die Ablehnung des Antrages auf Absetzung des Reichspräsidenten durch den Ausgang der Volksabstimmung als **neue Wahl** gilt und automatisch die **Auflösung des den Antrag stellenden Reichstages** zur Folge hat. Selbst wenn also eine Zweidrittelmehrheit des Reichstages die Absetzung des Reichspräsidenten wünscht, die darauf durchgeführte Volksabstimmung aber in einfacher Mehrheit diesen Antrag ablehnt, bleibt der Reichspräsident in seinem Amte und gilt sogar damit überhaupt wieder als neugewählt. Der Reichstag selbst jedoch verfällt der Auflösung.

Würden die Gesetzgeber der Weimarer Verfassung eine Neuwahl oder auch nur eine Amtsverlängerung im Augenblick der Abfassung dieser Urkunde durch eine Reichstagsmehrheit für angängig gehalten haben, dann hätten sie ebenso sicher eine entsprechende Bestimmung in der Reichsverfassung getroffen, wie sie damit allerdings aber auch umgekehrt logischerweise der gleichen Mehrheit die Befugnis zuerkannt haben würden, den Reichspräsidenten auch wieder abzusetzen. Denn es ist klar:

Die Instanz, die eine Einsetzung vornimmt, muß auch die Absetzung aussprechen können. Wenn eine Zweidrittelmehrheit den Reichspräsidenten zu wählen befähigt ist, muß ihn eine andere Zweidrittelmehrheit ebenso auch absetzen können.

Die Reichsverfassung lehnt aber diese Befugnis des Reichstages von vornherein als irrig ab, indem sie ausdrücklich bestimmt, daß der Reichspräsident vom Volke gewählt werden muß und daher auch wieder vom Volke allein abgesetzt werden kann.

Generalfeldmarschall von Hindenburg ist als **erster** Reichspräsident auf dem verfassungsmäßig vorgeschriebenem Wege zur Wahl gestellt und gewählt worden. Die Bedenken, die seiner Zeit aus verfassungsrechtlichen Gründen gegen die Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten Ebert durch Beschluß des Deutschen Reichstages bestanden und von der nationalsozialistischen Bewegung vertreten wurden, müßten infolgedessen heute eher noch schärfer als damals geltend gemacht werden.

Ich habe daher, Herr Reichskanzler, persönlich berechtigte Zweifel, daß ein solcher Vorgang überhaupt verfassungsrechtlich zulässig ist, wenn in der Verfassung ein wirkliches Fundament staatlichen Lebens erblickt werden soll.

Reichstagsneuwahl notwendig!

Sollte aber trotzdem die Auslegung, daß eine Zweidrittelmehrheit des Reichstages entgegen den klaren Bestimmungen der Reichsverfassung einer Volksabstimmung gleichzusetzen sei, angenommen werden, dann müßte meines Erachtens aber zumindest eine selbstverständliche Voraussetzung erfüllt sein: **Die Zusammensetzung des Reichstags muß den augenblicklichen und wirklichen Willen des Volkes tatsächlich und erweisbar zum Ausdruck bringen.** Ihre Meinung, Herr Reichskanzler, daß im Interesse der Kontinuität der Führung der politischen Geschäfte auf eine Wahl verzichtet werden müsse, weil sich durch einen in ihr äußernden neuen Willen unter Umständen eine Aenderung in personeller und sachlicher Richtung hin ergeben könnte, widerlegt sich durch sich selbst. Denn weil die Demokratie die Auffassung vertritt, daß alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht und damit sämtliche Repräsentanten der Staatsgewalt nur Mandatare des Volkswillens sind, unterwirft sie die Leitung der politischen Geschäfte persönlich und damit auch sachlich der von Zeit zu Zeit vorzunehmenden Nachprüfung durch das Volk. Indem durch die Verfassung sowohl der Volksvertretung als auch dem Reichspräsidenten eine bestimmt begrenzte Geltungsdauer zugemessen wird, berücksichtigt sie die Aenderungen in der politischen Willensbildung des Volkes, die sich **aus der Beurteilung der Leistungen der vom Volk gewählten Regierung** ergeben und einstellen. Nach der Auffassung der Demokratie soll aber gerade diese Einstellung in den von Zeit zu Zeit sich wiederholenden Wahlen ihre ausdrückliche Berücksichtigung finden. Es ist dabei gänzlich belanglos, wie lange in dem vorliegenden Fall der Reichstag schon als gewählt erscheint und wann seine normale Wiederwahl stattfinden soll.

Denn laut Verfassung soll die **Reichspräsidentenwahl** 1932 stattfinden. Damit ist es aber für **diese Wahl** nicht wesentlich, welche politische Auffassung die deutsche Nation am **14. September 1930** besaß, sondern entscheidend, welche politische Willensbildung sie **im März 1932** besitzt. Selbst wenn demnach angenommen werden könnte, der Reichstag sei befugt, die Urwahl durch eine einfache Abstimmung zu ersetzen, so müsse doch als logische **Vorbedingung** die **restlose Uebereinstimmung** des Willensausdrucks des **Reichstages** mit der in diesem Zeitpunkte vorhandenen Willensbildung der **Nation garantiert** sein.

Da dies nachweisbar weder der Fall ist, noch überhaupt der Fall sein kann, müßte schon in Ansehung der Würde des Herrn Generalfeldmarschalls demnach zuerst der **Reichstag,** der ihn in seinem Amte neu zu wählen berufen ist, dem **Willen des Volkes entsprechend zusammengesetzt sein.** Praktisch würde damit aber gerade das erreicht, was erst vermieden werden sollte: Es fände dennoch eine **Wahl** statt.

Alle sonst gegen eine Neuwahl angeführten Gründe innen- und außenpolitischer Natur können **niemals ein Freibrief zur Verletzung der Verfassung** sein, selbst wenn diese Verletzung eine buchstabenmäßige Begründung fände, dem inneren klaren Sinn und Geist der Verfassung aber widerspräche.

Die Schuld des Systems

Ganz abgesehen von diesen verfassungsrechtlichen Erwägungen sind mir aber vor allem die Gründe unverständlich, die diesen Versuch motivieren sollten. Herr Reichskanzler, Sie sind der Auffassung, daß die schwierigen **außenpolitischen** Verhandlungen keine **innerpolitischen** Wahlen vertrügen. Ich glaube nicht, daß diese Meinung den Nagel auf den Kopf trifft. Denn mit wesentlich mehr Recht könnte ich als Führer der größten Oppositionspartei folgendes erklären.

Das innerpolitische Regiment in Deutschland, dessen Gesamtverantwortlichkeit für die Lage des Reiches seit zwölf Jahren man nicht zu bestreiten vermag, kann aus inneren politischen Selbsterhaltungsgründen keine Wahlen brauchen, während umgekehrt alle außenpolitischen Erwägungen sie gebieterisch erfordern. Der Verfall unseres einst großen und mächtigen Reiches hat seinen Ausgangspunkt nicht so sehr in außenpolitischen Aktionen, als vielmehr in der innerpolitischen Zerstörung unseres Volkskörpers und seiner allgemeinen Widerstandsfähigkeit durch die Parteien, die das heutige System verkörpern. Es ist daher die unvermeidliche Voraussetzung für künftige außenpolitische Erfolge, die innerpolitische Ueberwindung der weltanschaulichen und parteilichen Zersetzungsarbeit, die mit dem November 1918 einst ihr Ziel erreichte und Deutschland dorthin trieb, wo es sich heute befindet.

Gewiß gibt es zur Zeit Politiker, die in der endlich festgestellten **Zahlungsunfähigkeit** Deutschlands einen eminenten **Erfolg** einer klug angelegten Politik erkennen möchten. Im kaufmännischen Leben würde man aber solche Auffassungen nur verwundert den Kopf schütteln. Es scheint mir immerhin leichter zu sein, die Zahlungsunfähigkeit eines Unternehmens herbeizuführen, als die Rentabilität.

Sollte man aber wirklich in der nunmehr zweifelsfrei feststehenden Tatsache des totalen wirtschaftlichen Zusammenbruches Deutschlands **eine politische Leistung erblicken,** dann bliebe höchstens die Stümperhaftigkeit zu bemerken, die zwölf Jahre lang bedurfte, um qualvoll zu vollziehen, was geschichtere Menschen vielleicht schon in drei Jahren hätten demonstrieren können. Wenn man, um die Notwendigkeit der Existenz eines Unternehmens zu beweisen, dieses vorher erst zu Grunde richten muß, dann sollte man zumindest die Qual abkürzen und beschleunigt sterben lassen, was nach der Ansicht einer höheren Staatskunst, um das Anrecht zum Leben zu erweisen, vorher umgebracht werden muß.

Der Zusammenbruch als Zielsetzung

Wenn aber ein solcher Vorgang eine wirtschaftliche Voraussetzung zum wirtschaftlichen Wiederaufstieg ist, dann ist nicht einzusehen, wieso überhaupt innerpolitische Wahlen dabei von Schaden sein könnten. Denn Sie, Herr Reichskanzler, sehen den Schaden doch wohl darin, daß die nach Ihnen Kommenden **schlimmer sein könnten als Sie selbst,** d. h. aber doch nichts anderes, als daß sie den Prozeß der praktischen Demonstration des wirtschaftlichen Zusammenbruches höchstens noch beschleunigen könnten. Dieses aber müßte ja nach den Auffassungen der heutigen deutschen Staatskunst nur erwünscht und deshalb zu begrüßen sein.

Oder sollte man am Ende gar befürchten, daß durch einen Sieg der nationalsozialistischen Bewegung diese geniale politische Zielsetzung, der völlige wirtschaftliche Ruin, durchkreuzt würde?

Herr Reichskanzler, ich zweifle keinen Augenblick, daß politische Tribute an der effektiven Zahlungsunfähigkeit, d. h. am tatsächlichen wirtschaftlichen Zusammenbruch einer Nation scheitern können. Ich glaube aber nicht, daß eine durch solche Tatsachen erzwungene Nichterfüllung vorher unterschriebener Verträge ohne weiteres in einen gültigen Rechtszustand verwandelt wird, wenn nicht außer dem wirtschaftlichen Unvermögen des Schuldners **politische Zweckmäßigkeiten für den Gläubiger** sichtbar werden. Daß Deutschland heute nicht bezahlen kann, Herr Reichskanzler, ist kein politisches Verdienst irgendeiner Regierung, sondern **eine durch eine unvergleichliche fehlerhafte politische Leitung herbeigeführte, mit unfaßbarem Leid und grauenhafter Not verknüpfte** Tatsache nun, daß es gelingt, in 13 Jahren **unverantwortliche Illusionspolitik eingeleitete und durchgeführte Zusammenbruch.** Die Tatsache nun, daß es gelingt in 13 Jahren ein gesundes Unternehmen vollständig zahlungsunfähig zu machen, ist nun keineswegs eine Garantie dafür, daß damit im 14. Jahre ein Wiederaufstieg beginnt. Auf keinen Fall dann, wenn **die Männer des Zusammenbruches statt mit ihm zu verschwinden, auch Direktoren des Wiederaufstiegs sein möchten.** Wenn aber ein System im 13. Jahr seines Bestandes auf keinen größeren Aktivposten hinzuweisen vermag, als den, durch eine vollkommene Pleite den Gläubiger endlich von der Zahlungunfähigkeit überzeugt zu haben, dann scheint mir ein solches Verfahren kaum weniger außerhalb der Tradition eines Systems zu liegen, als das System, das einst Deutschland aufbaute, sich ebenfalls einer Tradition rühmen durfte.

Ich glaube daher, daß hier tatsächlich zwei Traditionen in Erscheinung treten: **Jene Tradition, die einst Deutschland geschaffen hat und diese Tradition, die es vernichtete.** Ich verstehe daher nicht, wieso ausgerechnet **die Parteien,** die einst die ehrenvolle Entwicklung des alten Reiches politisch und wirtschaftlich jäh unterbrachen, heute an einer Kontinuität der politischen Führung hängen können, deren Befähigung zum Zerstören ebenso restlos erwiesen ist, wie ihre Unfähigkeit zum Neuaufbau allein **schon aus der Tradition ihres Wirkens** eindeutig und klar hervorgeht.

Überwindung des Systems gleich außenpolitischer Erfolg

Ich glaube vor allem nicht daran, **daß die Schwäche außenpolitisch gesehen plötzlich ein Vorzug sein könnte.** Und ich glaube noch weniger, daß eine Regierung, deren innerpolitisches Fundament **nur in der Angst eines Systems begründet ist, das von schlechtem Gewissen erfüllt, die Auseinandersetzung mit dem Gegner scheut,** ein wirksamer oder gar würdiger Repräsentant einer Nation wäre. Wenn z. B. eine große politische Organisation, von deren Geneigtheit die heutige Regierung abhängig ist, erklärt, daß sie an sich dem Reichspräsidenten nichts entgegenbringen könne, aber ihn **als kleineres Uebel** empfinde, und deshalb, **um den Sieg des gefürchteten Nationalsozialismus zu vermeiden,** selbst einen **Hindenburg** noch lieber nehmen würde, dann ist die Regierung nur zu bemitleiden, **die in solchen Instinkten die Wurzeln ihrer Kraft sieht.** Ich zweifle nicht, daß sich in einer unfair ausgelegten Demokratie auch auf solcher Basis noch eine Regierungsgewalt schlecht und recht erhalten kann. Aber ich bin überzeugt, daß man die Nation bemitleiden muß, die das Unglück besitzt, von einer solchen Gewalt nach außen vertreten zu werden. **Ernstliche Erfolge sind dann nicht zu erwarten. Ich glaube nicht, daß im Völkerleben auf Rechte verzicht geleistet wird, wenn nicht Vorteile geboten werden.** Man kann nicht auf die Dauer annehmen, daß ein Volk durch ein Regiment wirkungsvoll nach außen vertreten werden kann, wenn dieses Regiment für die Notwendigkeit seines Daseins nichts anderes anzuführen hat, als die Drohung, mit dem, **was an seiner Stelle käme, wenn es nicht mehr wäre. Wenn heute eine Regierung die Wichtigkeit ihres Daseins in London begründet** mit dem ansonst drohenden **Bolschewismus** und in **Paris** mit dem ebenso schrecklichen **Nationalismus,** dann ist das für mich als ebenfalls angezogenen Schrecken höchst ehrenvoll, **für die deutsche Nation aber peinlich.** Ich halte es jedenfalls vom Standpunkt der Repräsentation des deutschen Volkes nach außen für unumgänglich notwendig, daß ein Regiment kommt, dessen Existenz weder der Angst noch des Hinweises auf die zur Verfügung stehenden staatlichen Machtmittel bedarf, sondern **das aus eigener Kraft, wurzelnd im Willen der Nation, seine Daseinsberechtigung erschöpft. Ich sehe daher, Herr Reichskanzler, in jedem Vorgang, der zur Ueberwindung des heutigen Systems führen kann, einen außenpolitischen Gewinn Deutschlands.** Ich sehe darin die einzige Möglichkeit, die deutsche Nation wieder vom Objekt des außenpolitischen Geschehens zu einem wertvollen **Mitglied der zivilisierten** Staatengemeinschaft zu machen. **Erst wenn Deutschland wieder etwas zu bieten hat, wird man ihm etwas geben.** Die effektive Unmöglichkeit der Erfüllung bestimmter Verträge wird erst dann in einen vernünftigen Rechtszustand verwandelt, wenn für bestimmte Mächte die Freundschaft mit Deutschland mehr Gewinn bringt, als das Beharren auf Verträgen, deren Rechtsgültigkeit man aus unserer Unterschrift ableitet, deren Erfüllbarkeit sich als praktisch unmöglich erwiesen hat und deren Zweckmäßigkeit damit an sich nur mehr eine relative ist. **Somit ist die Frage der außenpolitischen Rehabilitierung Deutschlands letzten Endes eine Frage der moralischen Rehabilitierung unseres Volkes im Innern und damit eine Frage der Ueberwindung eines Systems, das in der Geschichte unzertrennlich verbunden sein wird mit der Periode der inneren und damit äußeren Entwertung unseres Volkes, begonnen im November 1918 und, so Gott will, beendet in einer nicht zu fernen Zeit.**

Herr Reichskanzler: Wir lehnen ab!

Auch aus diesen Erwägungen heraus muß ich daher einen Versuch ablehnen, der in der ganzen Art seiner Durchführung mir ein Beweis dafür zu sein scheint, daß man auf diesem Wege ein **System** zu retten gedenkt, **dessen Vernichtung die Lebensvoraussetzung der deutschen Nation ist.** Im übrigen ist es auch noch eine Frage der Moral, zumindest in unseren Augen, ob es erträglich erscheint, **jahrelang als Staatsfeinde verfemt zu werden, um dann als Menschen zweiter Klasse plötzlich mit dem Vorantritt bei einer Rettungsaktion beehrt zu werden,** deren Wortführer anscheinend kein Gefühl für das berechtigte Erstaunen **der also Bevorzugten besitzen. Auch aus dieser Empfindung heraus muß ich daher Ihren Vorschlag, Herr Reichskanzler, ablehnen.** Ich bedauere nur nochmals, daß in diese Aktion zur Rettung des Systems der Name des **Reichspräsidenten** einbezogen wurde, für den wir Mitkämpfer des großen Krieges, als den **Generalfeldmarschall** unserer Heere, unveränderliche ehrerbietige Dankbarkeit empfinden.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

gez. Adolf Hitler.

Weit überschritten

65 000 Einzeichnungen für das oldenburger Volksbegehren

Oldenburg, 17. Jan. Nach den bisher vorliegenden Einzeichnungslisten sind für das Volksbegehren 51 600 Stimmen abgegeben worden. Aus einem Bezirk mit etwa 114 000 Wahlberechtigten erwartet man seitens der NSDAP. noch über 15 000 Einzeichnungen, so daß das wahrscheinliche Ergebnis etwa über 65 000 liegen dürfte. Bekanntlich sind für die Gültigkeit des Volksbegehrens nur 20 000 Stimmen notwendig.

Von dem Ergebnis der von den verschiedenen Parteien in Aussicht genommenen Verhandlungen über die weitere Gestaltung der politischen Verhältnisse des Landes wird es jetzt abhängen, ob es zum Volksentscheid kommen wird oder ob man in Oldenburg den billigeren und einfacheren Weg der Parlamentsauflösung durch den Landtag selbst wählen wird. Diese Entscheidung dürfte im wesentlichen von der Haltung des Zentrums abhängen, deren Generalsekretär in Oldenburg kürzlich in einer Versammlung mitteilte, daß das Zentrum, falls von der Reichsleitung der Partei keine Bedenken staatspolitischer Art gegen die Auflösung des Landtages geltend gemacht würden, an einer weiteren Arbeit des jetzigen Parlaments kein Interesse habe.

Polizeikonflikt in Braunschweig

Braunschweig, 18. Jan. Auf der Tagung des Landesverbandes der braunschweigischen Polizeibeamten kam es zu einem Zwischenfall, als der Vertreter der Kommunistischen Partei der Forderung der Versammlungsleitung, sich bei den Ausführungen einer parteipolitischen Einstellung zu enthalten, nicht nachkam. Dem Redner wurde das Wort entzogen, und leitende Polizeibeamte verließen demonstrativ den Saal. Auch der sozialdemokratische Redner geriet ins politische Fahrwasser.

Der braunschweigische Innenminister hat auf Grund dieses Vorfalles Veranlassung genommen, den Landesverband der Polizeibeamten des Landes Braunschweig als Vertreter der Polizeibeamtenschaft nicht mehr anzuerkennen, nicht mehr zu empfangen und Eingaben nicht mehr entgegenzunehmen.

Unverkäuflich!

Die erste Nutholzversteigerung der Stadtforst Gollnow nahm einen niederschmetternden Ausgang. Von den insgesamt zum Angebot gelangenden 1800 Festmetern wurde auf ein einziges Los geboten, und zwar 10 RM. für das Festmeter ab Wald. Da dafür ein Zuschlag jedoch nicht erteilt werden kann, wird die Versteigerung der Stadtverwaltung also gar keine Einnahme bringen. Der städtische Haushalt stützt sich aber im wesentlichen auf die Einnahmen aus der 17 000 Morgen großen Forst, somit wird sich das Ergebnis der Versteigerung katastrophal auswirken.

Sterbende „Welt"-Wirtschaft

Auf den jugoslawischen Weihnachtsmärkten war eine Preiskatastrophe für Vieh zu verzeichnen. Durch die Sperrung der ausländischen Märkte und die ungeheure Verteuerung der Futterpreise ist es eine ständige Erscheinung geworden, daß das unverkaufte Vieh auf den Märkten einfach herrenlos stehengelassen wird. Während für Lebendvieh pro Kilogram kaum noch etwa 3.5 Pfennig bezahlt werden, stellt sich das Kilogramm Heu auf 7 Pfennig und darüber. In vielen Dörfern nehmen die Bauern Zwangsschlachtungen vor und haben einen Handel mit Fleisch, Häuten usw. begonnen.

Ski-Heil!

Die Ski-Paradiese haben sich geöffnet. Harz, Riesengebirge, Tirol, Bayern, Schwarzwald. Am 21. Januar läßt die Reichsbahndirektion Hannover einen Sonder-D-Zug mit bedeutend ermäßigten Fahrpreisen nach **Garmisch-Partenkirchen** und **Mittenwald** laufen. Lilli v. Weech erzählt, wie schön es dort unten ist.

Zum Ausgleich gegen die wilde, steile und imponierende Karwendelkulisse hat der liebe Gott im Westen Mittenwalds den freundlichen **Kranzberg** erschaffen. An den Kranzberg lehnen sich die letzten Häuser des Geigenbaumarktes Mittenwald. Wenige Minuten von seinem Mittelpunkt, auf dem **Kalvarienberg,** genießt man einen Blick, der stets aufs neue entzückt. Mächtig wuchten Mittkreuz und Vierer über dem alten Ort an der Isar.

Seit vielen Jahren ziehe ich die Skispur über den Hohen Kranzberg und finde immer wieder neue Varianten. Für jeden Schnee, den „schnellsten" und den „trägsten" gibt es **geeignete Routen.**

Vom Kranzberg bringt ferner eine seltener befahrene Route zum **Lautersee** bzw. **Ferchensee-Kessel** hinab. Sie sind das „Schneereservoir" von Mittenwald! Hier trifft man im ärmsten Winter Före, und aus diesem Grund hat man am nahen Burgberghang die große Sprungschanze errichtet. Trotz seiner 3000 Fremdenbetten bedeutet Mittenwald keine langgezogene, ermüdende Angelegenheit. Alles Wünschenswerte ist **rasch** erreichbar. Wie oft befand ich mich zwanzig Minuten nach Einnahme des Frühstücks schon auf dem Wege von der Tiroler Haltestelle Gießenbach ins herrliche **Eppzirltal.** Es gibt keinen Mittenwalder Skikurs, der nicht die leichte Abfahrt von der Eppzirlalm unternommen hätte. Im ersten Jahr ihrer Bewirtschaftung, dem Winter 1929-30, kehrten 3000 Skiläufer dort ein! Auch Seefelder Joch und **Gschwandtköpfl** sind bequem zwischen den gegebenen Zügen zu machen, — wogegen jeder Seefelder Gast ganz bestimmt einmal zum Stidorado Kranzberg nach Mittenwald fährt.

Dem heutigen Bedürfnis des Publikums, „in kurzer Zeit viel zu sehen", kommen ja Bahn und Autobüros in jeder Weise entgegen. **Innsbruck, Königsschlösser, Fernpaß, Oberammergau, Kochel- und Walchensee, Garmisch-Partenkirchen:** alle sind sie dem Mittenwalder Kurgast mühelos erreichbar. Gibt es ein **Schauspringen** am Gudiberg bei der Haltestelle Kainzenbad, so ist man von Mittenwald in 30 Minuten auf der Tribüne.

Selbstverständlich, daß alle **Bergbahnen** der Umgebung in unser Winterprogramm einbegriffen sind. **Kreuzeck** und **Zugspitze** stehen seit Jahren beim Skiläufer hoch im Kurs. Vom Schneeferner können Ausdauernde über **Gatterl** und **Feldernalm** in die **Leutasch** gelangen. Eine Schlittenfahrt durch dieses eindrucksvolle Hochtal beschließt den Ausflug. Die nächstliegende Bergbahn ist die zum **Wank,** dessen beste Abfahrtsrouten ins Mittenwalder Tal zielen. Bei wohlverschneitem Unterholz bedeutet mir die Abfahrt vom Wank zum Estersbergbauern stets ein Vergnügen. Liegt viel Neuschnee, so fährt man dann über St. Anton nach Partenkirchen ab, bei rascher Före aber ist die fast unbekannte, lange Ausfahrt nach **Krünn** durch das Finzbachtal entschieden vorzuziehen. Von Krünn bringt uns das Postauto in 10 Minuten nach Mittenwald zurück. Auch von Wallgau oder Einsiedel, wo man nach der Krottenkopfbesteigung zu enden pflegt, benützt man am besten den Postkurs zur Heimfahrt. Die schönste Kombination bei guten Schneeverhältnissen heißt nämlich Wank—Krottenkopf—Wildsee—Wallgau oder Einsiedel am Walchensee. Bei Einsiedel weiß ich für Einsamkeitssucher noch eine aussichtsreiche, sonnige und ungefährliche Gipfeltour: die zum Simetsberg von der Ostseite. Gutes Orientierungsvermögen und eine reichliche Schneeunterlage sind hier Vorbedingungen. Die Abfahrt läßt sich auch über den Neulagersattel nach Wallgau oder Einsiedel ausführen.

Zuletzt noch zum Karwendel, dem im Winter scheinbar Unbezwinglichen. Kaum vorstellbar, daß die westliche Karwendelspitze mit Skiern zu bewältigen ist. Von München aus wird diese Tour als Kombination von Auto und Ski bis in den Mai hinein mit Vorliebe unternommen.

Rainer Maria Rilke

Von Rudolf aus den Ruthen

Als vor einigen Jahren Rainer Maria Rilke von uns ging, wußte kaum jemand davon. Still und verhalten, wie es seinem Wesen entsprach, hat ihn der Tod hinübergeführt. Und wenn wir hier seiner gedenken wollen, so soll es in der gleichen Weise geschehen. Obwohl es ein leichtes wäre, an diesem Einzigartigen den tiefen Sinn einer Weltanschauung zu demonstrieren.

Es ist nicht das Wissen um Dinge, das uns reift. Wir kennen nicht die Zusammenhänge, die letzthin wesentlich sind. Rilke muß sie von früh auf geahnt haben. War es das uralte Adelsblut, das sich in seinen Adern zum Sterben anschickte oder das feinfühlende Empfinden allein, das den Knaben Verse schreiben ließ, Verse von seltener Reife mit 16 und 17 Jahren? Er ließ sie drucken seine Gedichte und übernahm aus der Anerkennung, die man ihm bot, die Verpflichtung, sein Werk zu Ende zu führen und gleichzeitig die dornenvolle Aufgabe, den Weg des Nur-Pflicht-Kennens zu gehen.

Wir sehen den schweigsamen Jüngling in der Kadettenanstalt, wohin ihn der Vater geschickt hat, um an dem Sohn das zu vollenden, was ihm vorenthalten geblieben war. Rainer Maria Rilke sollte Offizier werden, sein Vaterland verteidigen, wie es seine Vorfahren getan hatten, die so zu Ruhm und Ehre gekommen waren. Aber schon bald mußte der Sohn den Vater enttäuschen. Der zarte Körper und die schwache Gesundheit ließen ihn zum aktiven Heeresdienst untauglich erscheinen. Und so wurde Rainer Maria Rilke frei von den Traditionsabsichten seines Vaters, der, wenn er auch das Beste des Sohnes gewollt hat, nicht einsichtig genug war, ihm eigene Schritte zu glauben.

Jahrelang sehen wir einen Suchenden, um seiner selbst willen Heimatlosen durch die Lande gehen. Nach Spanien, Italien und Afrika führt ihn unter anderem sein ruheloses Wanderleben. Spärlich nur während dieser Zeit fließen Verse von seinen Lippen. Unendlich voll ist die Seele von dem Geschauten. „Verse", sagt er später einmal, „sind nicht, wie Leute meinen, Gefühle, — (die hat man früh genug) — es sind Erfahrungen." Und dann weiter: „Man muß Erinnerungen haben an viele Liebesnächte, von denen keine der anderen glich . . . muß bei Toten gesessen haben in der Stube, mit dem geöffneten Fenster und den stoßweisen Geräuschen. Und es genügt auch noch nicht, daß man Erinnerungen hat, man muß sie auch vergessen können, wenn es viele sind und man muß die große Geduld haben, zu warten, daß sie wiederkommen. Erst wenn sie Blut werden in uns, Blick und Gebärde, namenlos und nicht mehr zu unterscheiden von uns selbst, erst dann kann es geschehen, daß in einer seltenen Stunde das erste Wort eines Verses aufsteht in ihrer Mitte und aus ihnen geht." Erst als der junge Rilke fühlt, genug in sich aufgenommen zu haben, kehrt er nach Deutschland zurück. Er studiert in Berlin. Doch bald wieder drängt es ihn fort. Rußland ist sein Ziel. Er besucht Tolstoi. Der Graf empfängt den Fremdling unendlich freundlich — und Rilke fühlt die Tiefe der russischen Seele. Beglückt, eines seiner größten Erlebnisse gehabt zu haben, freut er sich auf die Heimat. In Schmargendorf läßt er sich nieder. Zeiten ständiger Arbeit kommen und gehen und in allem klingt Rußland nach. Vornehmlich sind es russische Aufgaben, die ihn jetzt beschäftigen, Uebersetzungen. Doch damit ist sein Schaffensdrang nicht gestillt. Er versucht russische Dramen zu bearbeiten, unterzieht sich in langen Briefen der mühevollen Aufgabe, die Bühnenfragen mit Berliner Fachleuten zu erörtern. Der schriftliche Gedankenaustausch nimmt Ausmaße an, die Tage voll ausfüllen. Ueber allem aber steht sein eigenes Werk. In Worpswede, wohin der Dichter übersiedelt, findet er Gleichgeartete, strebende Künstler, meist Maler. Nur langsam kann er sich diesen Menschen anpassen, die hier alle einander kennen und vieles gemeinsam haben. Seine Erfahrungen sind es, die ihn furchtsam stimmen vor allem Fremden, das an ihn herandrängt. Langsam nur überwindet er seine Scheu, erst als er merkt, daß ihm das Zusammensein wohltut. Allmählich findet man sich regelmäßig beieinander. Es wird musiziert und vorgetragen und stets ist es Rilke, der durch ein Wort, einen Satz die anderen schweigen macht. Größer und größer werden die Ansprüche, die er jetzt an sich stellt. Seine Leistungsfähigkeit ist seltsam gesteigert. Und nach kurzem schließt er völlig den Kreis, in dem er die nötigen Vorbedingungen für sein Schaffen zu haben glaubt: Er heiratet Clara Westhoff, eine Bremer Bildhauer- und Malerin, und führt mit ihr ein vom gegenseitigen Glücksgefühl und ernstem Künstlerstreben befriedigtes Dasein in der einsamen Worpsweder Gemeinsamkeit. Nach einem Jahr wird ihm eine Tochter geboren. In dankbarer Erfüllung seiner Wünsche preist Rainer Maria Rilke die göttliche Vorsehung, die bald in Gestalt einer niegeahnten, poesielosen Wirklichkeit an ihn herantreten sollte.

Irgendein unberechenbarer Zufall raubt ihm eine kleine väterliche Unterstützung, mit deren Hilfe es möglich war, das gemeinsame Leben mit Frau und Kind zu führen. Hier trifft Rilke zum erstenmal die äußere Welt mit ihren Nöten und Sorgen. Erschütternd sind die Klagen, in denen er sich Freunden anvertraut. Doch niemand hilft. Die Verleger, deren moralische Pflicht es gewesen wäre, dem jungen Dichter ein Jahr sorgloser, das heißt, aller materiellen Nöte freier Arbeit zu verschaffen, sind hartherzig. Sie gefallen sich darin, seine Werke zu drucken, und das ist alles. Sie zahlen nicht, wie sie Rilke bis dahin noch keinen Pfennig für seine Arbeiten gezahlt haben. Der Hausstand wird zerstört. Trotzdem ist Rilke erlöst, erlöst von der für ihn vernichtend wirkenden Vorstellung, als kleiner Beamter in Prag, wie sein Vater ihm geraten hatte, ein Leben bürgerlicher Beschaulichkeit führen zu müssen.

Er, der Einsame, kehrt zu sich selbst zurück, wird immer mehr „ich" bis ihm nichts mehr fremd ist. Der gänzliche Verzicht auf ein Leben voll lärmender Nutzlosigkeiten kommt seinen Werken in gesteigertem Umfange zugute. War es früher das Gemeinsame, das Beziehende und Verbindende im Weltall, das ihm wohltat, so strebt er jetzt nach Gestaltbildern, eckig und geschliffen. In sich selbständig muß alles sein. Gleichzeitig überwindet sein Künstlertum die Gefahr des Sichschwächens, durch Ueberspannung von Klang und Harmonie der Form. Es liegt nahe, die Tatsache der plötzlichen Ausdrucksveränderung Rilkes dem alleinigen Einfluß seines Freundes, dem Bildhauer Rodin, zuzuschreiben, bei dem er längere Zeit in Paris weilte. So gleichgültig es für die Tatsache sein mag, muß dem widersprochen werden. Es ist richtig, daß Rilke zum erstenmal an den Rodinschen Werken greifbar die Macht gespürt hat, die von dem Unabhängigen und Selbständigen ausgeht, aber es ist nicht so, daß er diesen, guter Bildhauerkunst eigenen Ausdruck, zu seinem lyrischen System erhoben hätte. Das muß gesagt werden, auch auf die Gefahr hin, daß gelegentliche Aeußerungen Rilkes dem entgegen zu stehen scheinen.

Lob und Tageserfolge, die heute den Künstler ausmachen, hat der Dichter zu seinen Lebzeiten kaum gekannt. Und doch, seine Briefe zeugen davon, welch inniges Verhältnis ihn mit Größen seiner Zeit verband. Herzliches Verstehen und aufrichtige Zuneigung, die ihm entgegengebracht wurde, nahm er still und abwehrend hin. Ebensowenig konnte ihn ein Mißerfolg kränken (der keiner war). Als er hörte, daß eines seiner in Berlin uraufgeführten Dramen unter dem Hohngelächter des Publikums zu Ende gespielt wurde, berührt ihn das kaum. Er kennt die Menschen, das Publikum — und dies Berlin, das noch heute für jeden deutschen Künstler Ausland ist. Wenn Rilke seine Sinne mit der Erkenntnis: „Der Künstler lebt nicht für seine Zeit" auf die Zukunft gerichtet hat, so hat er Recht daran getan, denn die Träger eines neuen deutschen Kulturempfindens werden in seinen Werken viel Wertvolles finden. Alles ist von einer seltsamen Reinheit und Tiefe, die nicht jedem verständlich sein mag. Aber der „Cornet", das „Stundenbuch" und das „Buch der Bilder" werden Perlen deutschen Kulturgutes bleiben, solange noch ein Tropfen dieses Wesenhaften im Bestehen unseres Volkes ruht.

Unmöglich ist es bei Rilke, wie die moderne Kunstanalyse lehrt, Mensch und Künstler zu trennen. Beide Wesensgestalten, der Dichter Rainer Maria Rilke und der Mensch gleichen Namens sind unzertrennlich miteinander verbunden. In seinem ganzen Leben ist der Dichter nicht davon abgegangen, auch nur einmal anders zu handeln, wie es sein verantwortungsvolles Künstlertum ihm vorschrieb und damit steht seine Persönlichkeit im Widerspruch zu den „maßgebenden" Anschauungen. Heute ist es so, daß man für den aus der Selbstzucht geratenen Künstler noch eine Handlungsfreiheit wünscht, die es ihm erlaubt, die Gefühle seiner Mitmenschen ungestraft mit Füßen zu treten. Der moderne Künstler will „frei" sein, außerhalb des Gesetzes stehen, und bemerkt nicht, wie er durch diese Forderungen seine inneren Unzulänglichkeiten beweist.

Kunst im Vogelgesang und Vogelgesang in der Kunst

Waldesrauschen, Blumenduft, Vogelgesang weckt Heimatliebe, die das Rot im Blute der Völker ist.

Welch fabelhaftes Kunstwerk an instrumentaler Feinheit hat doch der Schöpfer in die Gesangsmuskelapparate der kleinen Vogelkehlen hineingebaut, die sie befähigt, damit eine Herzensfröhlichkeit auszulösen und Gesangsweisen hervorzuzaubern, die von keinem Instrument naturgetreu nachgeahnt werden können, außer von der — Schallplatte

Das Verdienst, diese zarte Kunst gefiederter Sängerfürsten der Electrola-Schallplatte vermittelt zu haben, gebührt dem berühmten Vogelliebhaber Karl Reich in Bremen. Seine bedeutungsvollen Züchterarbeiten haben nicht nur in der Vogelzüchterwelt, sondern auch in der Vererbungswissenschaft viel Aufsehen und Anerkennung gefunden, wie ebenfalls die Electrola-Vogelstimmenplatten von ihm. Ganz ungemein großes Interesse fanden seine einzigartigen, zum ersten Male auf der Welt, von echten Vogelgesängen, mit berückend harmonisch umfungenen Musikplatten der Electrola-Gesellschaft — Volkslieder, Wanderlieder, Walzer in denen die kleinen gefiederten Sänger auf den Wogen und Wellen der Walzer anmutsvoll entzückend dahinschweben — Platten, die heute in keinem sorgfältig gewählten Schallplattenbesitz mehr fehlen dürften.

Reich sind zwei reizvolle Probleme geglückt, nämlich einen Stamm Edelkanarien zu züchten, welche er „Nachtigalledelkanarien" benannt hat, welche das Lied der Nachtigall naturgetreu singen. Dieses Experiment glückte Herrn Reich durch mehrere Maßnahmen. Die Kanarienhähnchen wurden nach erfolgter Paarung sofort nach der Befruchtung der Kanarienweibchen aus dem Zuchtkäfig und dem Zuchtzimmer entfernt. Die Kanarienweibchen mußten die Ausbrütung der Eier und die Aufzucht der Jungen allein besorgen. Neben ihren Brutkäfigen aber wurden Käfige aufgehängt, in welchen gezähmte Nachtigallen ihre schmelzenden Lieder sangen. Die jungen Kanarienhähne hörten so nur den Gesang der Nachtigallen, niemals ihre Väter und erlernten so die Nachtigallenlieder. Die Nachtigallen singen aber nur 40 Tage und 40 Nächte und als die Nachtigallen aufhörten zu schlagen, da fingen die jungen Kanarienhähne an, einzelne schöne Touren wieder zu verlernen. Da ließ Herr Reich im nächsten Jahre den Gesang seiner besten Nachtigall auf Electrola-Schallplatten aufnehmen, und diese Electrola-Schallplatten wurden ausgezeichnete stellvertretende Lehrmeister der jungen Kanarienhähne. Zur Weiterzucht wurden jedes Jahr immer nur diejenigen Hähne zugelassen, welche die besten Nachtigallenturen brachten. Das schwierige Experiment braucht lange Jahre geduldiger Arbeit, bis der Stamm gesangsvererblich konstant war.

Das zweite Herrn Reich geglückte Problem ist nicht minder reizvoll. — Die Sehnsucht vieler Komponisten zielte von jeher darauf ab, durch Aufnahme von Vogelmotiven ihren Kompositionen eine reizvolle Note zu geben, veranlaßt auch durch die Absicht, in ihren Kompositionen die Empfindungen wiederspiegeln zu lassen, welche die sehnsüchtigen schmeichelnden Vogellieder in Feld und Flur und im Waldesweben ihnen ins Gemüt gezaubert hatten. Aber kein Musikinstrument vermochte den süßen Wohlklang des Vogelliedes auch nur annähernd naturgetreu zu treffen. Diesen langgehegten Wunsch Vieler zur Erfüllung zu bringen, ist nun Herrn Reich gelungen. Monatelang übte er mit seinen Vögeln täglich, indem er ihnen andauernd dasselbe Lied vorspielte. Es gelang ihm so, die aufmerksamsten und begabtesten unter ihnen herauszufinden und in der Weiterarbeit dieselben so weit zu bringen, daß sie die Lieder so zu begleiten lernten, als wenn der Komponist ihnen dazu die Noten geschrieben hätte. Vermöge ihrer Virtuosität stellten sie sich bald mit glänzendem Einfühlen nicht nur auf die öfter gehörten Melodien, sondern auch auf den Rhythmus ein.

Der Electrola gebührt das Verdienst, als erste der Kunst des Vogelgesanges die Pforten geöffnet zu haben, um sie in die Sphäre menschlicher Tonkunst einzuführen. In seinem Buche „Unsere Tiere im Drama des Lebens" schreibt Prof. Dr. Konr. Guenther: „Auch die menschliche Musik hat von den Vögeln gelernt und in zahlreiche Tonstücke ist ihr Gesang hineingewoben. Daß die Vögel aber auch wirklich unserem musikalischen Gefühl Genüge tun, wurde mir durch die Versuche von Karl Reich aus Bremen bewiesen, der mich in seine Vogelstube führte und dann die Platten vorspielen ließ, auf denen Nachtigall, Grasmücke, vor allem aber seine Kanarienvögel zu einem menschlichen Quartett oder Quintett sangen und dabei den Instrumenten in Tonhöhe oder musikalischer Stimmführung, im Tempo und Rhythmus überraschend folgten, ja ihren Ausdruck dem des Volksliedes anpaßten. Wer sich davon überzeugen will, lasse sich die Platten EG 855 oder EG 1382 oder EG 2038 — Electrola — vorspielen, auf welch letzteren die Vögel jedesmal bei einem neuen Satz des Wiener Walzers, der ja stets eine neue Stimmung bringt, auch ihren Ausdruck wechseln."

Wer selbst musikalisch ist und Gelegenheit hat, des öfteren zu Hause Musik zu machen, und ein Vögelchen besitzt, kann sich den besonderen Genuß verschaffen und wird Freude daran empfinden, zu beobachten, mit welchem Eifer mancher begabte Sänger darangeht, nicht nur gegen die Musik anzusingen, sondern mit musikalischem Gefühl sich harmonisch auf die öfter gehörten Melodien einzusingen.

Ganz anders als wir Menschen müssen die Vögel auf das Tonempfinden, bzw. auf die musikalische Beurteilung der Gesänge anderer Vogelarten eingestellt sein. Sie sind rein zunftparteiisch, also auf den Gesang ihrer eigenen Sippe eingestellt.. Der Spätzin geht das Geschilpe ihres Spatzenmännchens weit über alle anderen musikalischen Genüsse. Keine Vogelart bewundert den Artgesang einer anderen. Wir Menschen aber beurteilen rein mit musikalischem Klangempfinden.

Interessant ist es, wie der Gesang verschiedener gefiederter Sängerarten stimmungsmäßig von dem menschlichen Gemüt empfunden wird. So bezeichnen wir den Gesang der Schwarzdrossel, wenn sie im Frühjahr als eine der ersten, ihre köstliche Geige unter dem schwarzen Mantel hervorzieht, als schwermütig getragene Weisen. Zwar dein Kleid ist schwarz, liebe Amsel, aber Gold ist dein Schnabel, aus dem es so wunderbar ergreifend in den schweigenden Abend hinausklingt und auf die Menschenseele wirkt!

Frohlockend — herausfordernd — dagegen erklingen für uns die Rufe der Graudrossel, des Herolds unserer Wälder. Das Rotkehlchen ist mit seinen feierlichen Weisen unser Kirchensänger, im Gegensatz zu unserer Mönchgrasmücke, die mit ihren lustigen Wirtshausliedern, Jodlern und Ueberschlägen unser Bänkelsänger ist. Die Lerche, mit ihren fröhlichen Trillern und jubelnden Jauchzern begrüßen wir freudig als sichere Künderin des Frühlings. Die Gartengrasmücke singt und orgelt uns bei jedem Wetter warme Sonne ins Herz hinein. Der Gelbspötter räsonniert in der ihm eigenen Art, lacht, schäkert, als unverwüstlicher Fidelio — „Smidt, Smidt, Smidt hat 7 Töchter, 7 Töchter, dazu — 7 Schwiegersöhne — möcht er — möcht er" — so spöttelt er viel boshafte, spaßhafte Sachen durcheinander, wie ihm der Volksmund nachsagt. Hell schmettert uns die Fanfare des Buchfinken entgegen, des ausgesprochenen Landsknechtes unter den Vögeln. Der Goldammer dagegen singt auf staubig heißer Landstraße, von Baum zu Baum fliegend, sein immer gleichbleibendes, dustig klingendes Liedchen: „Mutter, ich kann nichts zu trinken kriegen". Oder wie der Dichter Mosen seinen Ruf sinnig übersetzt: „wie — wie hab ich dich liieb". Es läßt sich noch viel darüber erzählen, was der Volksmund launig aus den Rufen und Weisen unserer Heimatvögel herauszuhören glaubt, doch darüber ein andermal.

Stadttheater

„Die Journalisten" von Gustav Freytag

Es ist gut, sich daran zu erinnern, daß wir Deutschen eine Vergangenheit haben, in der Männer eine Rolle spielten, deren Werke zu pflegen unsere vornehmste Aufgabe sein sollte.

Die „Deutsche Bühne e. V. im Stadttheater" zeigte ihren Mitgliedern eines der besten Lustspiele, „Die Journalisten" von Gustav Freytag. Es wäre unnötig, auf den Gehalt des Stückes einzugehen, wenn es nur die Schwächen der Journalisten wären, über die sich Gustav Freytag in humorvoller Weise belustigt. Er hat aber auch über die politischen Parteien (seiner Zeit) einige feine Randbemerkungen gemacht, die den Verdacht erregen könnten, er habe einer Individualutopie das Wort geredet. Diese Parteien, die Freytag unter den Scheffel der menschlichen Erkenntnis stellt, vertreten keine weltanschaulichen Richtungen. Es sind Interessenkoalitionen, Stammtischvereine, wie sie noch vor kurzem in Deutschland in großer Blüte standen. Freytag beweist uns mit liebevoller Ironie den engstirnigen Horizont dieser „Parteigenossen", deren gesamtes Denken und Handeln nicht über die Grenzen ihrer Satzungen hinausgeht.

Journalisten zeigt uns das Freytagsche Lustspiel. Man muß lachen über die Genauigkeit, mit der er diese Berufsmenschen gezeichnet hat, deren einzige und wahrhaftige Liebe ihre Zeitung ist, der sie sogar ihr Privatleben opfern, so daß sie außerhalb ihres Fachs unmöglich sind.

Freytag hat mit seinen „Journalisten" bewiesen, daß nicht Verwechselungen und Irrungen den Charakter des Lustspiels ausmachen, wie das die jüdischen Lieferfirmen zu glauben scheinen. Hat doch ein geschäftstüchtiger Jude sich nicht gescheut, den Stoff der „Journalisten" zu einer schmierigen Satire zu verarbeiten, die im Jahre 1930 zur Reichstagswahl an den deutschfeindlichen „Hamburger Kammerspielen" uraufgeführt wurde.

„Die Journalisten" bieten für den Schauspieler eine Auswahl an dankbaren Stellen, die man richtig erkannt und vorzüglich ausgenutzt hat. Eine glänzende Leistung bot vor allem Eva Viebig als Adelheid Runeck. Walter Grünzing zeigte als jüdischer Schreiberling eine Charakterstudie, die kaum übertroffen werden dürfte. Die Vorstellung bewies wieder die Stärke der schon oft erprobten Inszenierungskunst Carl Ahrders.

-austhen.

Grubenunglück in Hindenburg

Drei Tote

Hindenburg, 15. Jan. Auf dem Schuckmann-Flöz im Hermann-Schacht der Königin-Luise-Grube drangen in der Nacht zum Freitag Brandgase heraus, durch die ein Hauer und ein Elektriker getötet wurden. Ein Aufseher erlitt schwere Vergiftungen. Er, sowie ein Obersteiger, ein Hauer und fünf Bergleute, die leichte Vergiftungen erlitten, wurden in das Knappschaftslazarett geschafft.

Auf dem Westfeld derselben Grube wurde ein Magazinarbeiter von einem Eisenbahnwagen erfaßt und so schwer verletzt, daß er auf dem Transport nach dem Knappschaftslazarett verschied

Feuer in einer Schachtanlage

Halle a. Saale, 15. Jan. Auf der Schachtanlage Volkeroda des Burbach-Konzerns, in der sei Jahresfrist erfolgreich Petroleum gebohrt wird, entstand heute früh auf noch ungeklärte Weise Feuer im Schacht. Eine heftige Detonation erfolgte. Der Bergmann Iber aus Menterode wurde getötet, ein Bergmann schwer, zwei leicht verletzt. Die übrige Belegschaft konnte sich in den Nachbarschacht retten. Das Feuer, das noch andauert, ist nach Angabe der Werkleitung örtlich beschränkt. Man hofft, den Betrieb bald wieder aufnehmen zu können.

Tragischer Unglücksfall

Osterholz-Scharmbeck, 15. Jan. Ein schwerer Unglücksfall hat sich auf dem Bahnhof Neu-St. Jürgen ereignet. Der Eisenbahner Flathmann aus Sandhausen kam beim Anhängen von Güterwagen so unglücklich mit dem Fuß zwischen eine Weiche, daß er sich nicht selbst befreien konnte und überfahren wurde. Der Tod trat auf der Stelle ein. Der Unfall ist um so tragischer, als Flathmann Vater von e l f Kindern ist.

20 Grad Wärme in New York

New York, 15. Jan. An der Nordostküste der Vereinigten Staaten und im Innern des Staates Ohio herrscht eine für diese Jahreszeit ungewöhnliche Wärme. Am Mittwoch wurden in New York 20 Grad Celsius verzeichnet. In Ohio blühen an verschiedenen Stellen die Rosen.

Späte Einsicht

Die Reichskreditgesellschaft veröffentlicht jetzt einen ausführlichen Wirtschaftsbericht, in dem an Hand umfangreicher Berechnungen und Statistiken die allgemeine Finanzkatastrophe ganz zaghaft zugegeben wird. Zum erstenmal erklärt auch die Reichskreditgesellschaft die Tributpolitik, die unsinnigen Reparationen als den Grund der Katastrophe und schreibt u. a.: „Die von Deutschland geforderten Tributzahlungen liegen derart außerhalb jeder Erfahrung (?), daß zu ihrer Stützung Maßstäbe herangezogen worden sind, an denen die Fähigkeit zu internationalen Zahlungen nicht gemessen werden könne." Das ist immerhin sehr vorsichtig, „offiziell" ausgedrückt, aber deutlich! Nationalsozialistische Politiker, die jenen Standpunkt vor Jahren — als es noch nicht zu spät war! — vertraten, belegte man damals mit gröbsten Beschimpfungen. Wer sind nun die Katastrophenpolitiker?!

„Vaterländische Judenkirche"!

Kürzlich haben die Franzosen ein Gesetz eingebracht, wonach nur noch französische Künstler im Lande beschäftigt werden sollen. Man sollte meinen, dies wäre in Deutschland selbstverständlich; wenigstens bei den „nationalen" Betrieben. Ein solcher ist bekanntlich die Ufa des Herrn Hugenberg. Nun ist da z. B. die Produktion Brung Duday. — Der Leiter ist durchaus nicht etwa mit morgenländischen Verwandtschaften ausgezeichnet. Vielmehr ein früherer aktiver Offizier aus einem ostpreußischen Regiment. Seine Produktion hat er sich allerdings mehr als sonderbar zusammengestellt:

Aufnahmeleiter: der Jude Schwarz;
Sekretärinnen: die Jüdinnen Asser und Flick;
Musikalische Leitung: die polnischen Juden Yurmann und Kappel;
Regie: der Jude Gerron;
Der „Cuter": ein russischer Professor Mic., der aus Paris geholt werden mußte.

Ein Kommentar ist dazu wohl nicht nötig!

Amtliche Bekanntmachungen

Der nächste Pferdemarkt wird am 22. Januar 1932 **auf dem Hohentorsplatz** abgehalten.

Der Auftrieb der Pferde hat von 8 bis 10 Uhr zu geschehen.

17. 1. 1932. **Polizeidirektion.**

Der in Verlust geratene, am 23. 5. 1928 für Julius Sandner, geb. 17. 11. 1892 in Broich, ausgestellte Kraftwagenführerschein wird für ungültig erklärt.

Polizeidirektion.

Der abhanden gekommene, am 20. 6. 1931 ausgestellte Zulassungsschein für den Personenkraftwagen mit dem Kennzeichen HB 9247, Eigentum der Fa. Gebr. Pengel, Bremen, Buntentorssteinweg 61-63, wird für ungültig erklärt.

Polizeidirektion.

Der Schmied Gustav Ehlers beabsichtigt auf dem Grundstück Buntentorssteinweg 194 einen Kraft-Feder-Hammer, mit einem Bärgewicht von 50 Kilogramm, aufzustellen. Einwendungen dagegen sind binnen 14 Tagen bei der Polizeidirektion einzureichen; später sind alle nicht privatrechtlichen Einwendungen ausgeschlossen. Zeichnungen und Beschreibungen sind im Polizeihause, Zimmer 126, ausgelegt.

14. 1. 1932. **Polizeidirektion.**

Innere Kunststeinarbeiten, Los 1 und 2, zum Neubau des Obdachlosenheims mit Zentralküche am Buntentorssteinweg 94, zu vergeben, vorbehaltlich der Genehmigung der Mittel. Angebote bis zum 26. 1. 1932, mittags 12, Uhr, in der Kanzlei einzureichen. Unterlagen Zimmer 144-146 (Kanzlei) erhältlich.

Hochbauamt, Herrlichkeit 16.

Förderung von Bauarbeiten

Unter Bezugnahme auf die amtliche Bekanntmachung vom 20. Dezember v. Js. wird nochmals darauf hingewiesen, daß zur Belebung des Arbeitsmarktes im Baugewerbe Beihilfen aus den durch Einstellung Wohlfahrtserwerbsloser an anderen Stellen einzusparenden Mitteln hergegeben werden. In Frage kommen größere Instandsetzungsarbeiten, Um- und Ausbauten, insbesondere auch Aufstockungen zur Schaffung neuer Wohnungen mit einer Miete bis zu 40.— RM. monatlich, ferner in gewissem Umfange auch Neubauten. Voraussetzung ist, daß die Arbeiten alsbald in Angriff genommen werden. Je den als förderungswürdig anerkannten Arbeiten kann mit einem Förderungszuschuß (Lohnbeihilfe von 3.— RM. für das Arbeitslosentagewerk eines verheirateten und 2.— RM. eines ledigen Arbeiters gerechnet werden. Das **Wohnungsamt, Herrlichkeit 18**, ist zu näherer Auskunft über alle hiermit zusammenhängenden Fragen bereit und nimmt Anträge bis zum 31. März d. Js. entgegen.

Achtung!
Abstellung der Wasserleitung

In der Woche vom 18. bis 23. Januar einschließlich wird in den nachstehenden Straßen die Wasserversorgung von 7 bis 17 Uhr infolge Rohrreinigung zeitweise unterbrochen.

Die Verbraucher wollen sich daher vorzeitig mit Wasser versehen.

Kurz vor der Abstellung erfolgen nähere Angaben über Zeit und voraussichtliche Dauer durch Laufzettel. Die Bewohner werden gebeten, sich gegenseitig zu verständigen.

Steffensweg, westl. Seite (Elsasserstr., Bremerhavenerstr.); Zietenstraße (Helgolanderstr. bis Derfflingerstr.); Seydlitzstr. (Keithstraße bis Derfflingerstr.); Keithstr. Winterfeldstraße.

Verwaltung der Gas- und Wasserwerke.

Nächste Sprechstunde der Beratungsstelle für gewerblichen Rechtsschutz (Auskunft auf dem Gebiete des Patent-, Musterschutz- und Warenzeichenrechts) Montag, den 18. Januar 1932, 5.30 bis 6.30 Uhr abends, im Gewerbehause, Zimmer Nr. 5.

Gewerbekammer.

Meisterkurse

Anmeldungen zu den Ende Januar d. Js. in Bremen stattfindenden Meisterkursen für männliche und weibliche Handwerker und Gewerbetreibende werden bis zum 23. Januar d. Js. in der Kanzlei der Gewerbekammer, Gewerbehaus, Zimmer Nr. 5, entgegengenommen. Die Teilnehmergebühr einschl. Unterrichtsbücher beträgt 25. RM und ist bei der Anmeldung zu entrichten.

Voraussetzung für die Zulassung zur Meisterprüfung ist die Beibringung eines Nachweises über eine mindestens 3jährige Lehrzeit, des Gesellenprüfungszeugnisses (Lehrbrief) sowie Zeugnisse über eine **fünfjährige**, im Damenschneidergewerbe dreijährige Gesellen-(Gehilfen-)zeit.

17. 1. 1932. **Gewerbekammer.**

Verschiedenes

Abnehmer für gute und preisw erte

Landwurst

gesucht.

Anfragen Rol. 4073

Fahrschule Edmund Will

Georgstraße 65
Roland 7341

Zu vermieten

Freundlich möbl.

Zimmer

Vagtstraße 7



Mitgliederversammlung

Mittwoch, den 20. Januar. Beginn 20,30 Uhr im großen Casino-Saal. Einlaß nur gegen Ausweis. Erscheinen ist Pflicht.

NSDAP, Ortsgruppe Bremen

Tennisunterricht gratis

erhalten Anfänger und Vorgeschrittene aller Altersklassen auf den schön gelegenen 24 Plätzen im Weser-Stadion.

Stadion Tennis Club Rot-Weiß, Stadiontribüne am Osterdeich, Zimmer 103, Hansa 406 73.

Wo kauft der Nationalsozialist?

Kauft bei unseren Inserenten!

Box-Abend im Casino

Freitag, 5. Februar, 20,30 Uhr

Harry Stein, Berlin — Thriens, Hannover
der Besieger von Weltmeister Genaro, Amerika

Gipsy Trollmann, Hann. — Hein Buchbaum, Köln

Weitere Kampfpaarungen werden bekanntgegeben.

Weser-Stadion

Anmeldung für den 3. Nachtrag bis zum 21. Januar unt. D. 258 78 (Anzeigen-Abt.)

Stadttheater

Heute

Montag, 20 Uhr, Geschlossene Vorstellung für den Beamten-Bildungs-Ausschuß
Ingeborg

Dienstag, 20 Uhr, 100. Abonn.-Vorstellung
In neuer Einstudierung:
Die Journalisten
Lustspiel von Gustav Freytag

Mittwoch, 19.30 Uhr, 101. Ab.-Vorstellung
Margarethe

In den Centralhallen
Düsternstraße:
Volkstüml. Vorst. des Stadttheaters
Mittwoch, 20. Januar, und Montag, 25. Januar, 20.15 Uhr
Robert u. Bertram
oder
Die lustigen Vagabunden
Posse mit Gesängen und Tänzen von Gustav Raeder
Kleine Preise!
Vorverkauf täglich in den üblichen Kassenstunden

Schauspielhaus

Heute

Montag, 11. Deutsche Bühne
Der Graue

Mittwoch, 11. Sonder-Abonnement
Der Graue

Donnerstag
Der Graue

Gib Dein Kampfblatt weiter



Vor großen politischen Entscheidungen.

Wer wird Sieger sein?

Severing, Brüning, Thälmann oder Hitler



über dieses Thema spricht **Pg. Engels, Berlin,** in der

Massenversammlung

Dienstag, 19. Januar 1932, 20,30 Uhr

Centralhallen, Eingang Breitenweg

Eintritt 40 Pfg.

Volk und Wirtschaft

Ein Wort an die deutschen Techniker und Ingenieure

Verknöcherung der technisch-wissenschaftlichen Fachpresse

Unsere heutigen technischen Zeitschriften als Ausdruckspunkt der absterbenden liberalistischen Welt — Erst der Nationalsozialismus wird den Zusammenhang mit dem Volksorganismus wieder herstellen

Der deutsche Verband techn.-wissenschaftlicher Vereine veröffentlicht einen Aufruf über die Not der techn.-wissenschaftlichen Zeitschriften. Es heißt darin, daß die immer drückender werdende Wirtschaftsnot auch die Zeitschriften erfaßt habe und es schwer werde, die Mittel zur Aufrechterhaltung der t.-w. Zeitschriften aufzubringen. Aus diesem Grunde wollen sie sich kleiner setzen, vor allem dadurch, daß die Mitarbeiter aufgefordert werden, nur das notwendige zu bringen und sich im übrigen kürzer zu fassen. Auch sollen die Beiträge nur in den zuständigen Fachzeitschriften erscheinen und in die Arbeitsgebiete der anderen Zeitschriften soll in Zukunft nicht mehr eingebrochen werden.

Damit ist der Finger in eine Wunde gelegt, die nüchterne Beobachter schon seit Jahren erkannt haben; sie haben dagegen bei den maßgebenden Stellen angekämpft und u. a. auf die folgenden Mängel hingewiesen: Die t.-w. Fachzeitschriften sind schon seit langer Zeit zu reinen Spezialisten-Zeitschriften geworden, die die großen Zusammenhänge der Wissenschaft mit dem deutschen Volksleben vermissen lassen, ja noch mehr, die bei allem auf die Spitze getriebenen Spezialistentum das Wichtigste überhaupt nicht mehr erkennen ließen, nämlich den Sinn der Arbeit überhaupt. Damit ist an sich schon ein

vernichtendes Urteil über den Wert der genannten Zeitschriften

ausgesprochen. Was hat es für einen Sinn, in den Zeitschriften die schwierigsten Aufgaben zu lösen, die feinsten Instrumente und Methoden zu veröffentlichen und die letzten Prozente wirtschaftsrentierlichen Erträgnissen herauszurechnen, wenn unterdessen die Fühlung mit dem Volks- und Wirtschaftsleben als solchem verloren ging. Es wurde nicht bemerkt, daß sich tausende bester wissenschaftlich begabter Köpfe abmühten an Arbeiten, die, an sich richtig und wertvoll, doch dadurch in der Luft hingen, daß sie ohne Beziehung auf die Gesamtwirtschaft getan wurden. Es wurde z. B. dort nicht bemerkt, daß die industriellen Anlagen immer höher und feiner entwickelt wurden, daß aber gleichzeitig der ganze Inlandsmarkt verloren ging, weil die politische Aussaugung der Landwirtschaft, die Zerschlagung von Handwerk und Gewerbe und die Zertrümmerung fast des gesamten Mittelstandes die Voraussetzungen vernichteten, auf der überhaupt die industrielle, und damit die wissenschaftliche Arbeit beruhte. Die ganze Arbeit war also mit falscher Front angesetzt, dank einer seit Jahrzehnten immer irrenden Wirtschaftsführung.

Und wenn wir weiter nachsehen, wie es dazu kam, so finden wir folgendes: Wie überall im liberalistischen Wirtschaftssystem, so werden auch hier die Fachbearbeiter systematisch dazu erzogen, spezialistisch zu denken und bei Leibe nicht universalistisch. D. h. wie durch eine raffinierte Methode der Massenpsychose Millionen deutsche Menschen durch Kino, Rundfunk, Sensationssport usw. beschäftigt werden, damit sie abgelenkt werden von den großen Lebens- und Wesensfragen des Volkstums und der organischen Wirtschaftsbetätigung, so werden die Fachkreise unter der Psychose gehalten, daß die reine Berufs- und wissenschaftliche Arbeit das Primäre ist.

Man konnte es tausendfach hören, daß man für eine Beschäftigung mit den Lebensfragen des Volkes, auf dessen Grundlage doch alles andere ruht, keine Zeit habe.

Freilich wurde dabei als Politik bezeichnet jener üble parlamentarisch-demokratische Kuhhandelsbetrieb über Tagesfragen, der mit Politik in unserem Sinne nichts zu tun hat. Aber die hier kritisierten Kreise waren schon so beschränkt worden in ihrem Blickfeld, daß sie die große Aufgabe nicht begriffen, ja sie zu begreifen, sich noch nicht einmal bemühten.

Das ging soweit, daß auch in den Fachversammlungen fast aller Berufs- und Fachverbände, wo doch Tausende an sich wertvoller Menschen zusammenströmten, es verpönt war, auf die Zusammenhänge der Berufsarbeit mit dem Volkstum auch nur hinzuweisen. Das wurde als Chauvinismus abgelehnt. So wurden alle jene Versammlungen, trotz intellektuellen Hochstandes,

seelenlos und geistesarm wie ein Konversationslexikon.

Man konnte dort auf alle Fragen eine Antwort erhalten, nur nicht auf die große Wesens- und Lebensfrage: Wie ist alle diese Spezialistenarbeit mit dem Volksganzen verbunden? Hätte man sich bemüht, die Frage zu stellen und auch zu beantworten, dann wäre offenkundig geworden, daß man die ganze Arbeitsfront anders richten mußte.

Wer aber hinter die Kulissen zu sehen gewohnt war, konnte auch bald feststellen, woher das kam. Schon um die Jahrhundertwende bemerken wir, wie in all diese Fachverbände

ein Jude nach dem anderen

sich einnistete, und ein Freimaurer nach dem anderen, die alle die Aufgabe hatten, dem liberalistischen System Stütze und Halt zu sein. Die Aufsätze wurden nicht nur daraufhin geprüft, daß systemfeindliche Aeußerungen unterdrückt wurden, sondern sie wurden auch stilistisch überarbeitet. Waren sie vorher noch persönlich, originell, ja manchmal sogar eckig gehalten, immer aber waren sie nach Gedankenrichtung und Ausdruck sowie Gesamthaltung das Spiegelbild einer bestimmten Persönlichkeit. So aber wurden sie immer gleichförmiger, immer mehr normalisiert, immer mehr typisiert, und damit immer langweiliger und unpersönlicher. Die großen Zeitschriften gingen mit der Einführung dieser Methode voran, die kleineren folgten, und heute entbehren sie alle jener frischen, persönlichen Note, die früher die Arbeiten so manchen großen Ingenieurs und Erfinders oder Wirtschaftlers auszeichnete.

Das Wesentliche aber ist und bleibt, daß der Jude überall dafür sorgte, daß

universalistische Gedankengänge mit Erfolg ferngehalten

wurden. Damit entarteten die sogenannten wissenschaftlichen Zeitschriften zu einer Art Gewerkschaftseinrichtung, die vor allem die Eigenschaft haben, um ihrer selbst willen da zu sein. Die Gewerkschaftseinrichtung dient heute im wesentlichen dazu, den Beweis ihrer eigenen Unabkömmlichkeit immer wieder von Neuem zu betonen. Und damit kommen wir auf den Anfangspunkt unserer Ausführungen zurück.

Wenn es den Fachzeitschriften heute, trotz der gegen die Vorkriegszeit um etwa 50 Prozent erhöhten Bezugsgelder, so schlecht geht, so wäre doch der Weg der einfachste, den die hinter den Zeitschriften stehenden Industriekreise sonst mit Vorliebe beschreiten: Quoten aufaufen, zusammenlegen, rationalisieren, typisieren und stillsetzen. Ist es z. B. nötig, daß nebeneinander bestehen eine „Gesellschaft Deutscher Metallhütten- und Veraleute" sowie eine „Deutsche Gesellschaft für Metallkunde?" Ein „Verein Deutscher Eisengießereien" neben einem „Verein Deutscher Gießereifachleute?" Ein „Verein Deutscher Chemiker neben einer „Deutschen Bunsengesellschaft für angewandte physikalische Chemiker"? Und so geht es weiter und weiter. Hier könnte durch

Abbau eines aufgeblähten Apparates,

der doch letzten Endes durch die Industrie selbst durch Beiträge oder indirekt durch Druck auf die Angestellten zum Abonnement auf die Zeitschriften finanziert wird, nennenswertes erspart werden. Darunter braucht die wissenschaftliche Höhe der Arbeiten noch lange nicht zu leiden. Wir Nationalsozialisten behaupten, daß vergleichsweise der Zeitabschnitt des 19. Jahrhunderts bis etwa 1900 ingenieurtechnisch, sowie volkswirtschaftlich gewertet, höher stand als der Abschnitt des 20. Jahrhunderts von 1900 bis 1931.

Die vorstehenden Ausführungen haben dargetan, worin die Wesensunterschiede beider Perioden bestehen. Hier wäre der Punkt, wo eine fruchtbringende Kritik einzusetzen hätte. Aber hier hapert es eben. Man lese nur, was da große Zeitschriften an Rückblicken zu bringen gewohnt sind: Selbstzufriedenheit mit dem herrlich Erreichten. Und doch zeigt die Gegenwart doch gerade das eine, daß, gemessen am Erfolge, die Arbeit der vergangenen 2 bis 3 Jahrzehnte falsch gewesen sein muß;

denn wir stehen im Chaos.

Auch die technisch-wissenschaftlichen Zeitschriften in ihrer heutigen Form sind ein Ausdruck der absterbenden liberalistischen Welt, sie mögen mit ihr untergehen. Zukunft hat nur noch unser universalistisch eingestellter Nationalsozialismus, der die neue Lehre verkündet, daß jede wissenschaftliche und wirtschaftliche Tätigkeit nur einen Sinn hat, wenn sie die Fühlung mit der Volksseele nicht verliert, und wenn sie sich stets dessen bewußt bleibt, daß auch diese Tätigkeit nur ein Ausdruck des Volksorganismus ist. **Hm.**

Kohle und Eisen

Metallarbeiterverband gegen Arbeit-Nordwest

Essen, 15. Jan. Seit dem Ruhreisenstreit 1928/29 sind die gegenseitigen Klagen der Metallarbeiter-Verbände und des Arbeitgeberverbandes Nordwest recht zahlreich gewesen. Zurzeit schweben noch einige hundert Klagen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes gegen Nordwest wegen der Durchführung des Oeynhauser Schiedsspruches im Juli 1930, ebenso noch die Schadenersatzklage des Arbeitgeberverbandes gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband. In erster Instanz ist der Deutsche Metallarbeiter-Verband verurteilt, in zweiter Instanz ist der Schadenersatz des Arbeitgebers abgewiesen.

Wie wir erfahren, hat der Deutsche Metallarbeiter-Verband und der Gewerkverein deutscher Metallarbeiter (H.-D.) neuerdings eine Feststellungsklage bei einem Arbeitsgericht des Ruhrbezirks gegen Nordwest anhängig gemacht, weil letzterer denjenigen Hüttenarbeitern, die im Dezember 1927 und später bei eingetretenen Arbeitszeitverkürzungen einen Lohnausgleich bekamen, ab 1. Januar 1932 denselben abzieht. Der Lohnausgleich kommt für etwa 25 000 bis 30 000 Hüttenarbeiter in Frage. Der Abzug beträgt im Durchschnitt für den einzelnen Mann 7,50 bis 8 RM. pro Monat.

Zauber der Preissenkung

Unermüdlich wird „gesenkt" — Wer merkt etwas?

Die letzte Notverordnung hat dem deutschen Volke so manches Schöne beschert. Sie brachte „Frieden" den Menschen und viele andere wunderliche Dinge. So auch die berühmte Preissenkung. Es schien, daß nun endlich das Leben in Freiheit, Schönheit und Würde, auf das wir nun schon seit 13 Jahren warten, beginnen sollte. Aber die ***Nazis waren auch bei dieser großen „Staatsaktion" wieder böse genug, von der Preissenkungsgeschichte nicht viel zu halten. Und deshalb haben sie immer wieder darauf hingewiesen, daß die Maßnahmen sich gleichsam im Kreise bewegen, also grundlegend nichts ändern. Senkung der Löhne — Senkung der Preise! Wer hat denn eigentlich davon einen Nutzen? Aber es muß doch irgend etwas gemacht werden. Und so hat man schon einmal mit dem Lohnsenken angefangen. Die Preise können dann ja auch gesenkt werden, ... so allmählich. Und der deutsche Volksgenosse hat sich so gefreut! Ein Brief kostet jetzt 1 Reichspfennig weniger! In Hamburg sind die Strompreise sogar um 3 Reichspfennig billiger geworden! Margarine kostet hier und da nur noch 29 Pfennig, man kann aber auch teurere haben. In Aachen wird jetzt nur alles mit Gas gekocht und geheizt, denn auch der Gaspreis ist um 2 Pfennig gesenkt worden. Die Arznei trägt noch die alten Preise, und das Kranksein läßt man sich heute was kosten. Ueberall wird „gesenkt" — und wenn es nur um einen Pfennig ist. Stolz schickt uns die Post ihre neuen Tarife und man muß feststellen, daß außer einer minimalen Portosenkung fast alle Gebührensätze bestehen blieben. Wasser können wir jetzt wieder in Mengen genießen. Und das Bier, das der Arbeiter schon lange nicht mehr trinken kann, soll auch gesenkt werden. Ferner sollen das und dies, jenes und noch vieles billiger werden!

Aber vor allem sollen die Löhne gesenkt werden! Hierbei ist man nicht so kleinlich, man senkt mit 10 und 20 und viel mehr Mark, denn die „Lebenshaltung" ist ja auch so billig geworden!

Es dauert nicht mehr lange, deutscher Volksgenosse, dann kannst Du für 10 Pfg. nach Berlin fahren und dort deinen Dank aussprechen für das Leben in Freiheit, Schönheit und Würde. Aber gründlich!

T. K.

Deutscher Einheitstreibstoff?

Neuorganisierung des gesamten deutschen Treibstoffwesens

Berlin, 15. Jan. Zur Zeit schweben Verhandlungen über die Schaffung eines Treibstoffgemischs, das als einziger Treibstoff in Deutschland zugelassen wäre. Man geht von dem Gedanken aus, daß einerseits die Lage Deutschlands es verlangt, dem deutschen Erzeugnis den größtmöglichen Absatz zu verschaffen anderseits auch der Lage der Landwirtschaft durch starken Verbrauch von Spiritus zu Treibstoffzwecken Rechnung zu tragen ist. Technische Untersuchungen haben ergeben, daß der geeignetste klopffreie Treibstoff folgendes Gemisch ist: 70 vom Hundert Benzin, 10 vom Hundert Benzol, 10 vom Hundert Spiritus und 10 vom Hundert Methylalkohol.

In diesem Treibstoffgemisch wären nach der Lage der heutigen deutschen Benzinerzeugung etwa 50 vom Hundert deutsche Erzeugnisse enthalten.

Durch Einsparung überflüssiger Tankstellen und von Mitteln, die bisher die Konkurrenzgesellschaften für Reklame verausgabt haben, glaubt man trotz des hohen Anteiles an teurem Spiritus den Preis auf das Niveau des jetzigen Preises für reines Benzin herabdrücken zu können.

Gebührenherabsetzung für Kraftfahrprüfungen

Berlin, 15. Jan. Im Rahmen der allgemeinen Preissenkungsaktion hat der Reichsverkehrsminister die den amtlich anerkannten Sachverständigen zustehenden Gebühren für die Prüfung von Kraftfahrzeugen, Kraftfahrzeugführern, Fahrlehrern, Lehrwagen und Lehrmitteln herabgesetzt. Die Gebühren sind im allgemeinen um 10 vom Hundert, die Gebühren für die Prüfung von Kleinkrafträdern und für gewisse Führerprüfungen um 20 vom Hundert gesenkt worden. Der bisherige Zuschlag bei Prüfungen außerhalb des Wohnsitzes der Sachverständigen ist unverändert geblieben, da bei den Reisekosten der Sachverständigen eine Aenderung nicht eingetreten ist.

Die Bekanntmachung wird voraussichtlich heute im Reichsministerialblatt erscheinen.

Wie steht's um das „Stillhalten"?

Berlin, 15. Jan. Nach Mitteilungen der Systempresse nehmen die Stillhalteverhandlungen angeblich einen günstigen Fortgang. Die Stimmung in den Verhandlungen ist wesentlich besser als vor 14 Tagen. Der beratende Bankenausschuß ist für Dienstag abend einberufen worden. Die hieran geknüpften Vermutungen, daß nunmehr ein baldiges

Ende des Stillhalteverhandlungen bevorstehe,

eilen jedoch den Tatsachen voraus, da es sich hier um eine Informierung durch den Stillhalteausschuß handelt. Die Verhandlungen laufen zur Zeit auf eine einjährige Verlängerung der Stillhaltekredite hinaus.

Der Preissenkungs-Kommissar hält Vorträge

Berlin, 14. Jan. Der stark systemhörige Deutsche Industrie- und Handelstag trat am 13. und 14. Januar 1932 zu einer Sitzung des Hauptausschusses unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Grund zusammen.

Der Reichskommissar für Preisüberwachung, Dr. Goerdeler, gab hier einen Ueberblick über die Preissenkung. Wenn gegenwärtig von einer Umstellung allein auf dem Binnenmarkt gesprochen werde, so sei zwar nicht zu verkennen, daß der Binnenmarkt die stärkste Stütze der deutschen Wirtschaft darstelle; es wäre aber verfehlt, die Arbeit aufzugeben, die mehrere Generationen geleistet haben, um den deutschen Erzeugnissen auf dem Weltmarkt die hervorragende Stellung zu erringen, die sie gegenwärtig noch immer inne haben.

Köln. In der ersten Vollversammlung der Industrie- u. Handelskammer wurde der Geheimrat Dr. h. c. Louis Hagen zum 18. Male zum ersten Kammervorsitzenden gewählt. Herr „Hagen" ist unbedingt systemtreu. In einer Ansprache vertröstete er auf die Morgenröte des kommenden Jahres und beschwor seine Zuhörer, unbedingt hinter Brüning zu stehen. Herr Hagen sprach sich auf einmal auch gegen Tribute aus, nachdem er jahrelang mit erfüllen half. Es geht doch nichts über Konjunktur!

Aus Bremen Stadt und Staat

Allgemeiner Deutscher Automobil-Club und die „Derop"

Die „ADAC.-Gau-Zeitung" führt auf ihrem Titelblatt eine große Anzeige der russischen Benzin- und Autoölfirma „Derop".

Als ein Parteigenosse im Oktober dem Gau des ADAC. mitteilte, daß er, solange das Inserat der „Derop" auf der Titelseite der Gau-Zeitung erscheine, keine Zeitung zu erhalten wünschte, wurde ihm mitgeteilt, daß der Gau keinen Einfluß auf die Inserate hätte. Die Zeitung würde von der Firma Karl Silber, Bremen, Rosenstraße 31, gedruckt und kostenlos herausgegeben, die sich das Hereinholen von Inseraten auf eigene Rechnung vorbehalten habe. Wenn es sich nun tatsächlich so verhält, so ist es wohl ein Zeichen mangelnder Geschäftsführung der ADAC., denn dann kann ja diese Firma Karl Silber auch nächstens ein Inserat „Hinein in die Eiserne Front" aufnehmen. Wenn der ADAC. und die Firma K. Silber auch nicht aus „Deutschem Geist" heraus die Einsetzung dieses Inserates hätte ablehnen müssen, so hätte man doch vielleicht gut daran getan, auf den Geschäftstip der „Nichtdeutschen" zu achten, welcher lautet „Deutsch ist wieder Mode"!!

Es macht sich doch gut, nicht wahr, ein Wimpel mit den Farben: Schwarz-Weiß-Rot; der Roland; A.DeutscherA.C. und das bescheidene Inserat: Fahrt „Derop"-Benzin und „Derop"-Oel!? — Deutschland erwache!

Gründung einer Ortsgruppe für Boxerhunde

Besitzer und Interessenten von Boxerhunden werden darauf hingewiesen, daß hier in Bremen endlich eine Ortsgruppe des Boxerklubs gegründet werden soll. Den Bremer Sportsleuten der Boxerrasse war es bisher verlagt, sich aktiv an ihrer eigenen kynologischen Richtung zu betätigen. Der Wunsch einer großen Sportgemeinde geht daher, mit Unterstützung des Hauptvereins M. Planegg, in Erfüllung. Alle Boxer-Interessenten werden hiermit zu der am Freitag, dem 22. d. Mts., abends 8.30 Uhr, bei Lührs, Katharinenstraße, stattfindenden Gründungsversammlung freundlichst eingeladen.

Der Volksbund „Rettet die Ehre" veranstaltet am Sonntag, dem 24. Januar, im gr. Saal der Union, Eingang Tiefer, um 12 Uhr mittags, eine große überparteiliche Kungebung zur **Beseitigung der Kriegsschuldlüge.** Die gleiche Volksbewegung wird in allen Städten und Landkreisen ganz Deutschlands in den nächsten 14 Tagen ihren Ausdruck finden. Es handelt sich um die **Kundmachung des deutschen Volkswillens** angesichts der nahenden Entscheidung über Deutschlands endgültiges Schicksal. Der Redner des Tages wird Domprediger D. Hartwich sein. Bei der Veranstaltung wird der Gesangverein „Bremer Liederkranz Eintracht", unter Leitung seines Chormeisters Herrn Letmathe, mitwirken. — Es kommt darauf an, daß die Kundgebung durch die Zahl ihrer Besucher eindrucksvoll wird. Der Eintritt ist für jedermann frei.

Die Trauerfeier für Heinrich Carstens

Im Krematorium fand am Sonnabend die Einäscherung der sterblichen Hülle Heinrich Carstens statt. Eine große Trauergemeinde und viele, viele Kränze, gaben kund, wie groß die Liebe und Freundschaft war, die man dem Verstorbenen zollte. Im Licht der Kerzen senkte sich die Fahne des Stahlhelms über dem Sarg, dann erklang vom Chor her leise das Lied „In stiller Nacht." Pastor Hoops würdigte sodann in plattdeutschen Worten die vielseitigen Verdienste des Entschlafenen. Er legte seinen Ausführungen das Wort von dem treuen Mann, der vielen Segen bringt, zugrunde. Heinrich Carstens Verdienst um die plattdeutsche Sprache sei groß. Er sei es gewesen, der in den bremischen Kirchen der plattdeutschen Sprache das Heimatrecht erkämpft habe, wie er stets für die niederdeutsche Sache mit warmen Herzen eingetreten sei. Die Treue dieses deutschen Mannes seiner Heimat, seiner Familie, seinen Freunden und vor allem der plattdeutschen Bewegung gegenüber fand besondere Würdigung durch den Redner. Mit harter Hand habe der Krieg in das Familienleben Heinrich Carstens eingegriffen. Den Schmerz um den Sohn aber habe er überwunden, weil er die Erkenntnis hatte, daß Deutschland leben müsse, auch wenn unsere Jungens sterben mußten. Als dann das Vaterland am Boden lag, habe er in Wort und Schrift die Mahnung, am deutschen Geiste festzuhalten, ausgesprochen. Seinen Wahlspruch: „Wohr di dat Harte jung", habe er bei seinen Heidewanderungen beherzigt, die ihn in die Schönheit des deutschen Landes führten. An uns sei es, das Werk des Prachtmenschen Carstens fortzusetzen, auf daß es blühe und gedeihe.

Der Präsident des Plattdütschen Vereens, Heinrich Gronau, gab in herzlich bewegten Worten der Feststellung Ausdruck, daß die Heimatsache dem Verstorbenen mehr gewesen sei, als eine Kulturaufgabe. Er habe das Erbteil der Väter gewahrt, weil er wußte, daß das deutsche Volk nur aus dem deutschen Boden neue Kraft gewinnen könne wenn es wieder groß und stark werden wolle. Abschiedsworte aus tiefbewegtem Herzen rief der „Kaptein" Gronau seinem „Stürmann" Carstens nach, dann sprach der Delegierte des deutschen Postverbandes, Meyer, dem Verblichenen den Dank der Kollegen aus. Er sei ihnen allezeit der beste Freund und Berater gewesen, wie er der Jugend ein guter Wegbereiter war. Die bewiesene Treue werde nie vergessen werden.

Unter den Worten des Segens und den Klängen des Liedes „Letzte Fahrt", gesungen vom „Neddersassen-Chor Eekboom", senkte sich der Sarg in die Tiefe und hinterließ eine Trauergemeinde, die den Eindruck dieser Feier mit sich nahm in den Alltag, der nur von dem überwunden wird, der ein fest.s, treues Herz hat, wie es der Mann hatte, der von uns ging: Heinrich Carstens.

Die Devisenbewirtschaftungsstelle teilt uns mit: Die für die Monate Oktober bis Dezember 1931 erteilten allgemeinen Genehmigungsbescheide verlieren mit dem Ablauf des 15. Januar 1932 ihr Gültigkeit. Die neuen Genehmigungsbescheide können ab Montag, den 18. Januar 1932, gegen Aushändigung der alten Bescheide am Landesfinanzamt Unterweser, Rembertistr. 28, Zimmer 105, in Empfang genommen werden. Die Banken sind angewiesen worden, in dringenden Fällen Devisenanforderungen am 16. Januar 1932 in einem gewissen Umfang noch vorzunehmen und die Beträge von den alten Genehmigungsbescheiden abzuschreiben. Die auf der Rückseite der alten Genehmigungsbescheide vermerkten Beträge sind in Reichsmark aufzuaddieren und monatlich in einer Summe auszuweisen.

Der Norddeutsche Lloyd Bremen, der im Frühling 1932 mit seinen Dampfer „Columbus" (32 565 Br.-R.-T.) und „Karlsruhe" (11 000 Br.-R.-T.) Gesellschaftsreisen nach dem Süden unternimmt, weist darauf hin, daß sich für diese Fahrten Schwierigkeiten hinsichtlich der Geldmitnahme nicht ergeben. Auf Grund einer Verfügung der Reichszentrale für Devisenwirtschaft, erhalten die Teilnehmer an den Lloydreisen nach dem Orient und Mittelmeer die Berechtigung, außer dem ihnen für Reise- und Aufenthaltszwecke im Auslande ganz allgemein zugestandenen Betrag von 200 RM., noch weitere Summen vor Antritt der Fahrt beim Norddeutschen Lloyd einzuzahlen, die ihnen dann während der Fahrt an Bord des Schiffes durch den Zahlmeister wieder ausgehändigt werden. Diese Beträge sind für Dampfer „Karlsruhe" mit 1000 RM. und für Dampfer „Columbus" mit 1500 RM. pro Person ausreichend bemessen, zumal die Kosten für die Passagiere selbst wie auch für die Landausflüge unabhängig von den genannten Summen vor Reiseantritt entrichtet werden.

Kunsthalle Bremen. In den unteren Ausstellungsräumen ist als Leihgabe eines auswärtigen Sammlers eine Kollektion von 180 deutschen Holzschnitten des 15. Jahrhunderts ausgestellt. Es sind dies teils Einblattdrucke, teils Illustrationen in Einblattdrucken, davon die größere Anzahl in alter Kolorierung.

Diese Ausstellung bietet besonders den Freunden alter Graphik und den Bibliophilen reiche Gelegenheit, vorzügliche Drucke in reicher Auswahl zu bewundern.

Vom Arbeitsgericht

Auf Tarifgehalt kann nur rückwirkend verzichtet werden

Allgemein bekannt ist, daß heute die großen Gaststätten nicht gerade glänzend florieren. Besonders die luxuriösen Weinlokale leiden unter der Not der Zeit. Die Frage, ob diese unrentablen Betriebe nicht besser überhaupt geschlossen werden, muß im Interesse der Angestellten natürlich verneint werden. Allerdings erreicht ein Kellner durch die Prozente selten den Garantielohne. Sind Tarifgehälter vereinbart, so muß der Wirt die Differenz aus seiner Tasche draufzegen.

Im Betrieb von S. verzichtete das Personal Ende Juni 1931 rückwirkend auf das Tarifgehalt. Trotzdem klagte der Kellner M. vor dem Arbeitsgericht auf Auszahlung der Differenz. Der Arbeitsrichter bedeutete dem Kläger, daß er nur für zwei Monate, für Juli und August, Ende August schied M. aus seiner Stellung bei S. aus, Nachzahlung beantragen könnte. Kläger und Beklagte bestritten diese Feststellung. Der Kläger will nur, um nicht entlassen zu werden, auf seine Ansprüche verzichtet haben, und glaubt, daß er sie heute deshalb noch geltend machen kann. Dieser Standkpunkt ist ebenso abwegig wie der des Beklagten, der angibt, M. habe Ende Juni auch für Juli und August Verzicht auf seine Ansprüche geleistet. Der Arbeitsrichter belehrt ihn aber, daß **ein Verzicht auf das Tarifgehalt wohl rückwirkend, nicht aber im voraus ausgesprochen werden kann.** Es wären dann für zwei Monate ungefähr 120 RM. zu zahlen, die auch gezahlt werden sollen. „Es geht aber nur in ganz kleinen Raten," mit diesen Worten unterstreicht der Geschäftsführer die Notlage des Betriebes. 20 RM. monatlich sind ihm noch zwiel. Nach längeren Auseinandersetzungen einigt man sich auf monatlich 10 RM.

Nach unserer Ansicht muß der Kellner reichlich lange auf Ausgleich seiner berechtigten Forderung warten, aber schließlich ist besser etwas als gar nichts.

Rundfunk-Programm

Montag, 18. Januar

15.35 Schiffahrtsfunk. 16 Deutsche Jugendstunde. 16.30 Die Angestelltenversicherung als Kapitalgeber. 16.50 Im Spiegel der Weltwirtschaft. 17.05 Die Musik in der Sprache. 17.30 Das Bunte Programm. 18.30 Frankreich und Deutschland vor der Abrüstungskonferenz. 18.55 Die Konkurrenz der billigen Arbeitskraft in Asien. 19.20 Frankfurter Abendbörse. 19.25 Wetterdienst. 19.30 Schöpferische Umwelt. 20.30 Reichsgründungsfeier. 22 Uebertragung auswärtiger Sender. 22.50 Eisbericht. 23 Sendestille.

Dienstag, 19. Januar

6.30 Zeitangabe. 6.45 Wetterdienst. 6.50 Deutsche Morgenmusik. 7.00 Wiederholung der Abendmeldungen. 7.50 Wetterdienst. Hausfrauenfunk. 10.25 Landwirtschaftlicher Schulfunk. 10.55 Vorbericht vom Hamburger Schweinemarkt. 11.00 Deutschkundl. Schulfunk f. Schüler vom 8. Schuljahr an. 12.10 Wetterdienst, Wintersportmeldungen. 12.20 Börsenfunk. 12.30 Mittagskonzert. 12.55 Nauener Zeitzeichen. 13.15 Wetterdienst, Weser-Wasserstand, Kriminalmeldung. 13.20 Funkwerbung. 14.00 Eisbericht, Nachrichtendienst. 15.00 Wetterdienst. 15.05 Börsenfunk. 15.35 Schiffahrtsfunk. 16.00 Vortrag. 16.25 Vortrag. 16.50 Das Bunte Programm. 18.00 Bücherbörse. 18.30 Vortrag. 18.55 Vortrag. 19.20 Frankfurter Abendbörse, Hamburger Eiernotierungen. 19.25 Wetterdienst. 19.30 Robert Neumann liest aus eigenen Werken. 20.00 Kieler Sinfoniekonzert. 22.00 Nachrichtendienst. 22.10 Aktueller Dienst. 22.20 Unterhaltungs-Konzert. 23.20 Eisbericht.

Bestellt die BNZ!

Herausgeber: Kurt Thiele, M. d. R. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hanskarl von Sichart; für den Anzeigenteil: C. A. Güldner, sämtlich in Bremen. — Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung. — Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Auch ist sie zur Rücksendung nicht verpflichtet. — Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet. — Rotationsdruck Karl Bockelmann, Bremen.

Hitler
EINE DEUTSCHE BEWEGUNG
von E. CZECH-JOCHBERG

Der Saal hielt seinen Atem an.

Herein huschten die Richter, nahmen ihr Barett ab.

Man versuchte ihnen unter die Brauen zu sehen . . . hatte plötzlich irgendwie die Hoffnung: Es war milde, das Urteil.

Dann sprach der Vorsitzende . . . verlas, zum Peitschen der Nerven, erst seine Sprüchlein. Dann kam's: . . . Angeklagte Hitler, Pöhner, Kriebel, Weber . . . fünf Jahre Festungshaft . . .

Röhm, Pernet, Wagner, Frick, Brückner drei Monate . . .

Für die Erstgenannten, sobald ein Teil der Strafe verbüßt ist, Bewährungsfrist . . .

Ludendorff freigesprochen!

Da sprang der Saal vor Jubelrufen.

Ludendorff aber hob die Hand. Schweigen.

Wandte sich halb zum Auditorium, halb zu den Angeklagten: „Im empfinde meinen Freispruch als Schmach für meinen Rock, meine Orden und Ehrenzeichen".

Der Vorsitzende springt entrüstet auf, aber seine Worte ertrinken im Jubel der Leute.

Dann spülen nur mehr leise Wellen der Erregung um den Tisch des Vorsitzenden. Der verliest die Urteilsbegründung.

Nicht viele hören sich mehr diese langatmige Begründung an. Sonst hätten sie vernommen: „Für einen Mann, der so deutsch denkt und fühlt wie Hitler, der freiwillig für Deutschland viereinhalb Jahre hindurch Kriegsdienste an der Front geleistet, kann die Vorschrift des Gesetzes zum Schutze der Republik, betreffend die Ausweisung, nicht Anwendung finden . . ."

Und weiter heißt es an einer Stelle: „Beklagenswert bleibt nur der Tod einer Reihe wackerer, vaterlandsliebender Männer" . . .

München aber feierte Hitler wie einen Thriumphator!

19. Kapitel

Landsberg, die bekehrte Strafanstalt
Wie es in einer Festungshaftanstalt aussieht — Erst die Gefangenen, dann das Personal samt dem Anstaltsleiter Nationalsozialisten

Der Wachtmeister war durchaus höflich: „Herr Hitler, wollen Sie heute denn wieder nicht in den Hof . . . es ist ein so schöner Tag . . ."

Hitler sah den Mann an. Der meinte es gut, ganz sicherlich. So nickte er ihm denn auch freundlich zu. Dann aber sagte er, und es war, als koste es ihn unendliche Ueberwindung: „Schönen Dank — — — aber ich komme doch nicht . . ."

Noch einmal versuchte es der Mann: „Sehen Sie sich doch diese Zelle an — — — und immer in diesem schrecklichen „Stern" der Strafanstalt . . ."

Hitlers Gesicht war erfüllt von einem unaussprechlichen Ekel. Mit beinahe physischem Schmerz stieß er hervor: „Ich kann die grüne Polizei nicht mehr sehen . . . und deshalb bleibe ich lieber hinter dem Gitter . . ."

Langsam wie faule Hunde schlichen die Tage. Waren eingezwängt in das enge Maß einer Zelle. Es waren böse Tage und böse Nächte, voll Dunkelheit für Hitler und voll Haß.

Dann kam die Verhandlung und das Urteil und damit der Abschied von der Zelle und dem häßlichen, sternförmigen Bau, in dem so viel Schatten des Lebens nisteten . . .

Aber es war doch dieselbe Strafanstalt, genau dasselbe Landsberg. Die gleiche hohe Mauer umschloß sie, wie ehedem die Untersuchungsgefangenen. Nur in einen neuen Flügel waren sie gekommen, die „Festungshäftlinge". Der war lichter als der alte und hatte schöne, große Fenster, aber die Gitterstäbe fehlten darum doch nicht . . .

Ein Dutzend Zellen — nein, eigentlich ganz nette Zimmer — lagen rings um einen Gemeinschaftsraum, die Gefangenendiele sozusagen. In dieser „Diele" konnte man sich frei bewegen. Man durfte auch seine Mithäftlinge in ihren Zimmern besuchen. Aber hetaus aus dem kleinen „Pensionat" durfte man freilich nicht . . .

Zwei Stunden täglich im Freien . . . da gab's Bewegungsspiele, und Stürmer entwickelten sich, auf die jeder Fußballklub hätte stolz können.

Von der alten Festunoshaft, die freien Ausgang in den Ort gewährte gegen Ehrenwort, war keine Rede mehr. Es war eine saubere Haft; eine mit guter aber darum nicht weniger pedantischer Behandlung. — Aber Haft war es eben doch . . .

Das eine wenigstens war gut und schön: Man war nicht allein. Es waren gleich von Anfang an vier Parteigenossen in diesem Konvikt. Außer Hitler sein getreuer Eckehard, sein Sekretär Heß; dann Doktor Weber, der mit seinen langen Beinen freilich nicht viele Schritte in diesem Reich machen konnte, weil er immer gleich das Ende erreichte; dann der Oberst Kriebel.

— — — — — — — — — —

Später kamen noch mehr Parteigenossen, schließlich war ein ganzes Dutzend da . . .

Heß freute sich auf die zwei Stunden freien Himmel täglich. Wartete auf Hitler und durchmaß den Garten. In diesen Stunden außerhalb der Mauern war Hitler gesprächig. Obgleich es eine eigentümliche und manches Mal unheimliche Gesprächigkeit war . . .

Von Politik fiel kein Wort. Zunächst. Noch brannten die Wunden allzusehr.

Sie sprachen über Astronomie. Ihr Gedankenflug ging weit, schwirrte durch den Weltenraum, indes die Mauern ihnen den Blick zum nächsten Bauernhaus abschnitten.

„Nur den Mond, weißt du, den Mond hasse ich", sagte Hitler. „Er ist für mich etwas Totes und Gräßliches und Menschenfeindliches. Und sie fürchten sich vor ihm, diese Menschen . . ."

Plötzlich lächelte er und sah seinem treuen Sekretär unter die buschigen Brauen: „Manches Mal meine ich — ich denke an Hörbigers Welteislehre — es sei, als ob in der Mondsüchtigkeit noch ein Teil des Schreckens lebte, den der Mond einst über die Erde geschickt . . . ich hasse ihn, diesen fahlen, gespenstischen Gesellen . . ."

Dann war man anderswo. In der Technik. Aber doch wieder nur, um in den Himmel zu fliegen . . .

(Fortsetzung folgt.)